clc 96000409 (cont.)

X Collection

INDEX

Page: 1

Barcode Number	Box Number	Total of Volumes	Call Number
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 802 5	220A	128	no. 1-130 DD261.4.Z9 (1945-1957) no. 124 in oversize box 5 no. 125 in oversize box 3
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 803 7	220B	88	DD261.4.Z9 (1957) no. 176 in oversize box 5
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 804 9	221A	67	DD261.4.G4 - DD261.4.Z9 no. 2-67
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 805 0	221B	71	DD261.4.Z9 (1952-1957) no. 68-138
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 806 2	222	38	DD261.7.G7 - DD404
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 807 4	223	52	DD351 - DD491



5 - JUL 30
Copy-----1956
#1
X-DD261
.4
.Z9

3 - JAN 25
Copy 1957

#2

X-DD261
.4
.Z9

F·D·G·B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C2, WALLSTRASSE 61–65

Schulungs- und Referentenmaterial
Anfang Juni 1946 / Ausgabe Nummer 18

Der Übergang vom Kapitalismus zum Imperialismus

Aus dem Inhalt:

Nur für den Organisationsgebrauch!

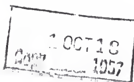
X-DD261
.4
.Z9
#3



1 OCT 18 1957
Copy

DURCH FREUNDSCHAFT ZUM FRIEDEN

Im Kampf um die DEUTSCHE DEMOKRATISCHE KULTUR



LR
X-Germany
356
X-DD261
#4



Unsere Welt
Gruppe I

1 OCT 18
Copy 1957
#5

Wilhelm Firl und Fritz Giga

VORKÄMPFER DER FREIHEIT

DEPARTMENT OF STATE
DIVISION OF LIBRARY
AND
REFERENCE SERVICES
SEP 10 1951
LR FILE CO

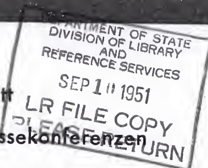
VON ALFRED KANTOROWICZ

X-Germany 212
Copy 2
X-DD261
.4
.Z9



 der kinderbuchverlag · Berlin/Dresden

WELTFRIEDENSRAT GIBT ANTWORT

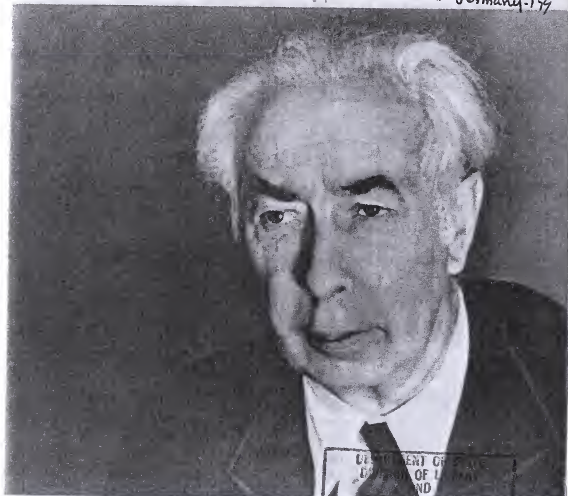


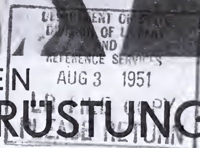
x Germany
204
Copy 2
X-DD261
.4
.Z9 #6

Ein Querschnitt
durch die Pressekonferenzen
des Weltfriedensrates
vor 200 Zeitungs-Korrespondenten
aus allen Teilen Deutschlands
und der Welt
zur Eröffnung und zum Abschluß
der Berliner Tagung
des Weltfriedensrates
vom 21. bis 26. Februar 1951

BUNDESPRÄSIDENT HEUSS

X-DD261
.4
#7
X-Germany-199




REFERENCE SERVICES
AUG 3 1951

ZUR DEUTSCHEN WIEDERAUFRÜSTUNG

#8
Germany
A517
Copy 2

1 OCT 18
Copy ______ 1957

TRAKTAT VOM FRIEDEN

X-DD261
.4
.Z9

Sonderdruck für den Pionierauftrag

LERNT UND KÄMPFT FÜR DEN FRIEDEN

1 OCT 18 1951
Copy ______ 1957
X-Germany 318
Copy 2
#9

BERLIN

DEPARTMENT OF STATE
DIVISION OF LIBRARY
AND
REFERENCE SERVICES
LR FILE COPY
PLEASE RETURN

ein einziger Festplatz

der Jugend aller Länder!

X-DD261
.4
.Z9





1 OCT 18
Copy 1957
Germany
317
Copy 2
#10
DD261
.4
.79

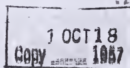
III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden



DIE DEUTSCHE STIMME IM WELT-FRIEDENS-RAT

9/1/51 #11

X-DD261
.4
.79



AUF DER ERSTEN TAGUNG VOM 21. BIS 26. FEBRUAR 1951 ZU BERLIN

DIE DEUTSCHE STIMME IM WELT-FRIEDENS-RAT

PIV 9/11/57 #12

1 OCT 18 1957
Copy

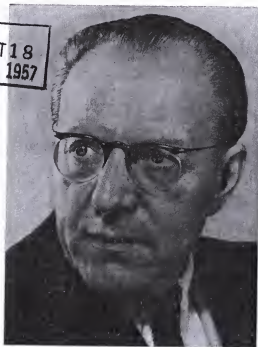
X-DD261
.4
.Z9

AUF DER ERSTEN TAGUNG VOM 21. BIS 26. FEBRUAR 1951 ZU BERLIN

#13

GESAMTDEUTSCHE BERATUNGEN ÜBER FREIE WAHLEN UND EINEN FRIEDENSVERTRAG

1 OCT 18
Copy 1957



REGIERUNGSERKLÄRUNG

des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Otto Grotewohl auf der außerordentlichen Tagung der Volkskammer am 10. Oktober 1951

ENTSCHLIESSUNG

der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an den Bundestag

STOCK-
HOLM
1949

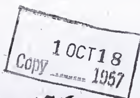
DEPARTMENT OF STATE
DIVISION OF LIBRARY
AND
REFERENCE SERVICES
FEB 25 1952
LR FILE COPY
PLEASE RETURN

DD261.4
.Z9
#14

ATOMTECHNIK geheim?

Prof. Dr. Robert Havemann

X-DD261
.4
.Z9 #15



Deutsch
für
Deutsche

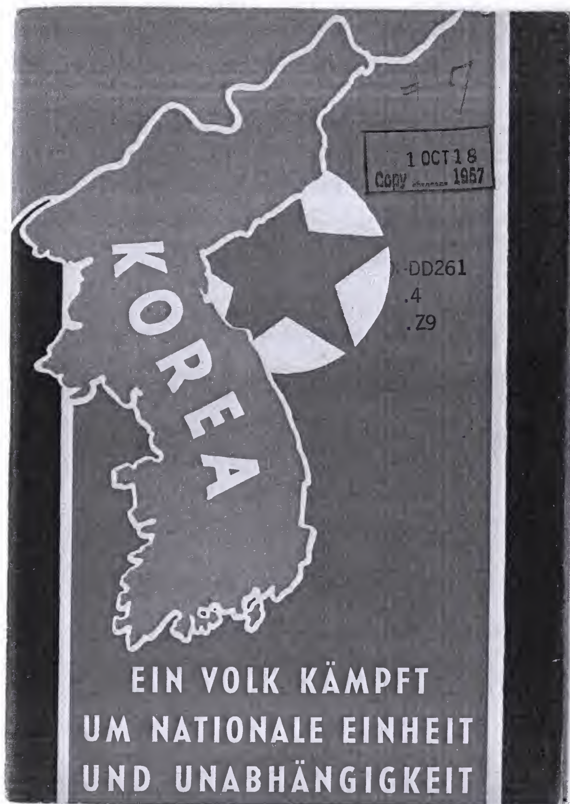
830/34

PUBLIC SAFETY BR.
IN 19-2-52 Bran Police
OUT
1 OCT 18 1957
#16



X-DD261
.4
.Z9

Großbauten des Kommunismus



1 OCT 1 8
Copy 1957
DD261
.4
.Z9

DD261.4
.Z9
#18
Germany
B-364
1 OCT 1 6
1957

Romberg-Park

ein Katyn in Deutschland

134/138

PUBLIC SAFETY BR.
IN 26-5-52
OUT TIME
#19

X-DD261
.4
.Z9

FRIEDENSVERTRAG MIT DEUTSCHLAND

JUN 11 1957
Copy

ATOM

Vorwärts
zum Abschluß eines Friedensvertrages

Ministerpräsident Otto Grotewohl vor der Volkskammer am 14. März 1952

X-DD261.9.Z1 #22

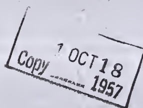
GANZ DEUTSCHLAND BAUT BERLIN

Copy 1 OCT 18 1957



KP

X-DD261
.4
.Z9 #21



DIE DEUTSCHE SAMMLUNG

DER DEUTSCHE WEG

Röhling

1 OCT 18 1957
Copy ____

X-DD261
.4
.Z9
#22



DEUTSCHE ARBEITER *halten Gericht*

#23
1 OCT 18 1957
Copy
X-DD261
.4
.Z9

ÜBER DIE LÜGEN DER KRIEGSHETZER-PRESSE

X-DD261
.4
.Z9
#24

DEUTSCHLAND

am

Scheidewege

3 APR 30
COPY - 1956

X-DD261
.4
.Z9
#25
Copy OCT 13 1957

Vorschläge

zur friedlichen Lösung der deutschen Frage

FELDMARSCHALL

PAULUS spricht

X-DD261

10 OCT 18 1957
Copy

#26



Office of Research and Intelligence
FFB 2 1955
Collection & Liaison Division

SINGLE COPY
#27

OCT 18
Copy 1957

ZUR VERTEIDIGUNG DER EINHEIT DER DEUTSCHEN KULTUR

X-DD261
.4
.Z9

PROGRAMMERKLÄRUNG DES MINISTERIUMS FÜR KULTUR
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

X DD261
.4
.29
#28

Studenten ohne Sorgen



Ein Tatsachenbericht


#29
261
DIE
PFALZ
KLAGT
COPY 1 OCT 18 1957
Tatsachenbericht – Von einem deutschen Pfarrer

#30

PROFESSOR DR. HEINRICH BRANDWEINER

X-DD261
.4
.Z9

OCT 18 1957
Copy

Atomwaffen und Völkerrecht

HERAUSGEGEBEN VOM DEUTSCHEN FRIEDENSRAT

X·DD261
.4
.Z9 #31

3-NOV28

VERSTÄNDIGUNG

SIEGT

ÜBER POLITIK

DER STÄRKE

From: Publications Procurement
Office, HICOG, Berlin
Gratis
3 - JUN 7
Copy 1955
NUMMER 6
#32
X-DD261
.4
79

Die VERWALTUNG

Mitteilungsblatt der Gewerkschaft Verwaltungen, Banken, Versicherungen für die Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Verwaltungen von Westberlin

Die Kraft des Volkes entscheidet!

Nun hat auch der Bundesrat den Verträgen von Paris zugestimmt, und Heuß beeilte sich, die Kriegspakte so schnell wie möglich zu unterschreiben. Schon einen Tag später meldeten die Zeitungen, daß bereits über 400 Betriebe Westdeutschlands und Westberlins an der Wiederaufrüstung arbeiten. Von der Schießkarte bis zum Minenräumgerät wird alles hergestellt, was nötig ist, um schon im April mit der Aufstellung der westdeutschen Armee zu beginnen.

Jetzt ist es höchste Zeit, daß auch der letzte friedliebende Deutsche die Zipfelmütze in die Ecke wirft, sich auf seine schlechten Erfahrungen mit den Generälen und Rüstungsmagnaten besinnt und seine ganze Kraft zur Zerreißung der Kriegspläne und Kriegsvorbereitungen Adenauers einsetzt.

1914 stimmte der Reichstag für die Bewilligung der Kriegskredite. Nach vier Jahren unendlicher, nutzloser Opfer, Elend und Leid jagte die revolutionäre Arbeiterschaft Wilhelm und seine Generäle zum Teufel und beendete das Blutvergießen.

1933 stimmte der damalige „Reichstag" dem hitlerschen Ermächtigungsgesetz zu. Die erste Folge war das Verbot der Arbeiterparteien und die Zerschlagung der Gewerkschaften, wenige Jahre später ein neuer Weltkrieg mit noch mehr und grauenvolleren Opfern, bis die siegreiche Armee des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates die faschistische Brut in Berlin ausräucherte, und dem Morden ein Ende machte.

1955 stimmte eine reaktionäre Mehrheit von 324 Abgeordneten in Bonn zu, diesen Weg zum drittenmal zu gehen, mit der Perspektive, durch die Anwendung der schrecklichsten Massenvernichtungsmittel, der A- und H-Bomben, die Zahl der Opfer ins Unermeßliche zu steigern.

Aber 1955 ist nicht mehr 1933 oder gar 1914! Der kleinen Minderheit verbrecherischer Abgeordneter steht jetzt die überwältigende Mehrheit des Volkes gegenüber, die aus der Geschichte gelernt hat, die nicht noch einmal für fremde Interessen bluten und sterben will. Die Werktätigen Westdeutschlands haben gezeigt, daß sie kampfbereit und entschlossen sind, ihr Leben zu verteidigen. Sie machen die Beschlüsse der DGB-Konferenz in Frankfurt am Main zur Grundlage ihres Handelns und haben bereits in großen Proteststreiks im Ruhrgebiet und an der Saar ihre starke Kraft und Geschlossenheit bewiesen. Gegenwärtig bereiten die Kumpel von der Ruhr und im Aachener Gebiet einen neuen wirkungsvollen Schlag gegen die Herren von Kohle und Stahl vor.

USIS Berlin 8/9/55

X-DD261
.4
.Z9

#33

1 OCT 1957

Drei Schritte

zum dauerhaften

FRIEDEN



USIA-IRI/L

From: Publications Procurement Office, Berlin OM 10/24/55

X-DD261
.4
.Z9

1 OCT 18
Copy 1957

#34

Der reale Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands



Regierungserklärung
des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl
vor der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik
am 12. August 1955

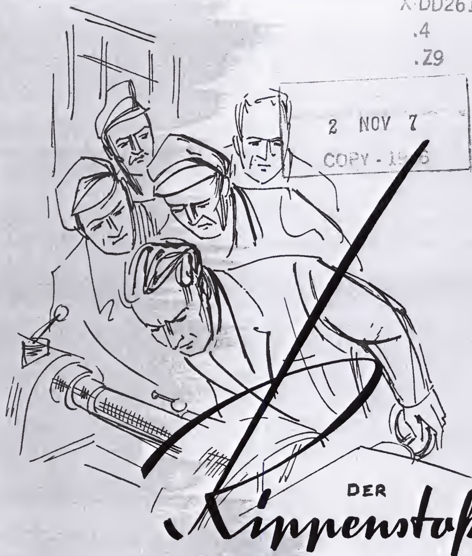
X-DD261
.4
.29
#35
DEC 13
COPY 1956



Kinder in Gefahr!



From: Publications Procurement Office, Berlin
#36 LC
X DD261 .4 .Z9
2 NOV 7
COPY - 19?6



DER Rippenstoß

3 - OCT 25
Copy 1955

incl 11 #37

„Wie wir es schaffen"

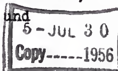
X-DD 261
.4
.Z9

Aufbau DER FRIEDENSWIRTSCHAFT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK **aus eigener Kraft**

NIE WIEDER!

38

Wie manche grauenvolle Nacht hat deine Frau mit deiner Kleinen
Im kalten Keller zugebracht ! Und immer wieder muss sie weinen,
Wenn sie das Herzchen klopfen spürt, wie es vor Angst und
Schrecken friert und seine grossen Augen fragen :



Mama wo hat es eingeschlagen ?

- - - dann kam der 3. F e b r u a r 1 9 4 5 .

Wer kann jemals diesen Tag vergessen, an dem auch viele Neuköllner Opfer des Krieges wurden.

Geschwader auf Geschwader der U.S. Air Force flog Berlin an. Bombenhagel auf Bombenhagel stürzte hernieder.

Wer kann je vergessen die brennenden Strassenzüge, die grauenvollen Schreie sterbender Frauen und Kinder. Rauchende Trümmerfelder blieben zurück. Das war einmal Berlin. Ein grosser Teil ging an diesem Tage zu Grunde und mit ihm Menschen, Menschen, die keinen Krieg wollten, die nicht daran verdienten.

3. F e b r u a r 1 9 5 5

Die alten Kriegstreiber sind wieder am Werk.

Erneut ist das Leben aller aufs äusserste bedroht. Die Pariser Verträge bilden die Grundlage zur Vorbereitung eines neuen Krieges.
Adenauer ist der eifrigste Verfechter dieser Kriegsverträge. Krupp, Thyssen, Kesselring und Manteuffel sind seine Verbündeten. Wiederum sollen Millionen Menschen für die Interessen jener Kriegstreiber verbluten.

Noch m a h n e n d i e T o t e n aus der Elbe-, Reuter-, Herfurth- und anderen Strassen unseres Bezirks.

Wir aber wollen leben. Darum müssen die Pariser Kriegsverträge zunichte gemacht werden.

Die Sowjetregierung stellte am 15. 1. 1955 erneut fest : Das Wichtigste und Dringlichste ist die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf dem friedlichen Wege der Verhandlungen. Sie verlieren ihren Sinn und werden unmöglich, wenn die Pariser Abkommen ratifiziert sind.

Das deutsche Volk hat die Kraft und muss sie im eigenen Interesse anwenden um die Pariser Verträge zu verhindern. Es gilt alles einzusetzen für die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes auf demokratischer Grundlage.

Nationale Front des demokratischen
Deutschland
Kreisausschuss Neukölln

5-JUL 30
Copy-----1956

#39

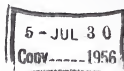
Freie Deutsche Jugend
Kreisleitung Wedding
Sekretariat

Berlin, den 26.1.55

Lieber junger Kollege !

Zu Beginn des Jahres 1955 übermittelt Dir die FDJ Wedding die herzlichsten Grüße.
Wir wenden uns gerade jetzt an Dich, wo jeder einzelne von uns in der Gefahr schwebt, noch einmal einen Krieg zu erleben. Von Überleben kann ja keine Rede sein. Dagegen müssen wir uns wehren! Wenn die ganze Arbeiterschaft in Aktionseinheit zusammentritt, kneift sogar ein Graf Wolf von Baudissin. Der Beweis liegt vor. In Westdeutschland sind die Streiks schon lange keine bloßen Lohnkämpfe mehr,- sie sind gleichzeitig Kämpfe gegen die Pariser Verträge. Das geht auch unseren "Regierenden" und deren Minister in Bonn mächtig an die Nieren. Wir sind doch alle einer Meinung, daß uns ein neuer Militarismus nichts Gutes bringen kann. Jetzt wollte uns Adenauer wieder einen seiner Rekrutenfänger schicken. Kesselring und Manteuffel haben nicht gewagt, in Berlin aufzutreten. Blank hat in Augsburg was ins Auge bekommen, (ein Glück nur, daß er noch nicht in Aschaffenburg war!) Und jetzt sollte sogar ein Graf kommen, um uns den Barras schmackhaft zu machen. Nun, wir hätten ihn gerne auch nach außenhin zum Grafen gestempelt. Zum blauen Blut passen sehr gut "blaue Augen"!!
Kollegen, setzt Euch in den Betrieben zusammen. Verfaßt Protestresolutionen. Der 3. DGB-Jugendkongreß gibt Euch die Richtlinien und das Recht Euch gegen diese Kriegstreiber und Urheber allen Elends aufzutreten. Darum kämpft gegen die Pariser Verträge und ihre Ratifizierung. Wenn ihr erst in der Kaserne sitzt, ist es zu spät.
Liebe Kollegen, schreibt uns Eure Meinung wie wir gemeinsam gegen die Pariser Verträge kämpfen können.

Freundschaft
FDJ Kreisleitung Wedding
Sekretariat



#40
.4
.29

Erklärung der Sowjetregierung zur Deutschlandfrage

vom 15. Januar 1955

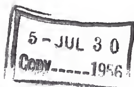
Pariser Verträge verstärken Kriegsgefahr

Vereinigung der Deutschen Demokratischen Republik mit militaristischem Westdeutschland unmöglich

Vorschlag für Viermächtekonferenz zur Wiedervereinigung auf der Grundlage freier Wahlen

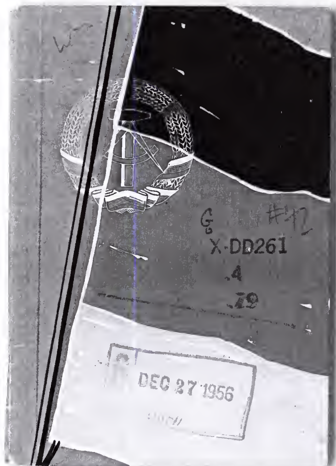
Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen mit Westdeutschland

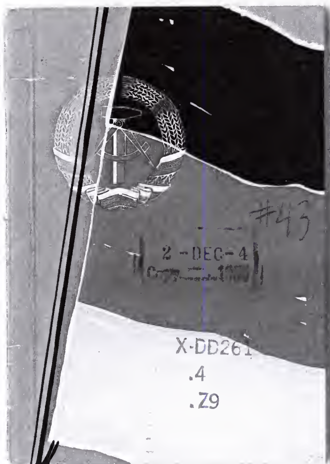
Wiedervereinigung in erster Linie Sache der Deutschen selbst

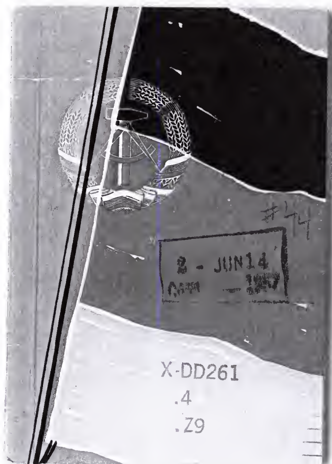


Die internationale Lage und die Außenpolitik der Regierung der UdSSR

Bericht
des ersten Stellvertreter des Vorsitzenden
des Ministerrates
und Außenminister der Sowjetunion
W. M. MOLOTOW
auf der Tagung des Obersten Sowjet der UdSSR
am 8. Februar 1955

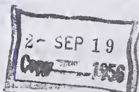

X-DD261
.4
.Z9
DEC 27 1956


#43
2 -DEC-4
X-DD261
.4
.Z9


X-DD261
.4
.Z9

From: Publications Procurement
Office, Berlin

LC
#45



Für die Verständigung und brüderliche Zusammenarbeit der deutschen Gewerkschaften

X-DD261
.4
.Z9

LC #46

EXCHANGE
Library of Congress
Gift and Exchange Division
Washington 25, D.C.

2 - APR-3
Copy 1957

Gesundes Dorf

Gesunde Höfe

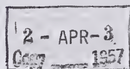
DD261
.4
.Z9


From: Publications Procurement
Office, Berlin
FEB 5 1957
#47 LC
Wir waren dabei
2 - APR - 3
Copy 1957
DD261

SED, GROSS-BERLIN
From: Publications Procurement
Office, Berlin
LC
Gratis
39

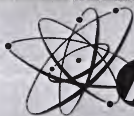
Berliner Arbeiter verständigen sich:

#48



X-DD261
.4
.79

In der Einheit liegt unsere Stärke



ATOMPERSPEKTIVEN

JUN 20 1957 #49

Beiträge zum Atomproblem:

X-DD261
.4
.Z9

DEUTSCHER FRIEDENSRAT · BERLIN

SED, GROSS-BERLIN
Pamphlet. Discussion between members of the "Politbuero" of the SED and SPD-functionaries of the Fed.Rep.of Germany and of Westberlin.

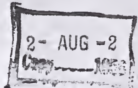
From: Publications Procurement Office, Berlin

Gratis #50

LC

Aus dem Gespräch entsteht die gemeinsame Tat

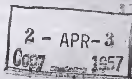
X-DD261
.4
.Z9



Beratung des Politbüros der SED
mit SPD-Funktionären
aus der Bundesrepublik
und Westberlin

From: Publications Procurement
Office, Berlin

LC #51



X-DD261
.4
.29

Die UdSSR weist den Weg zum Frieden

Erklärung der Sowjetregierung „Zur Frage der Abrüstung und zur Minderung der internationalen Spannung“ vom 17. November 1956

Library of Congress
Gift and Exchange Division
Washington 25, D.C.

LC #52 53

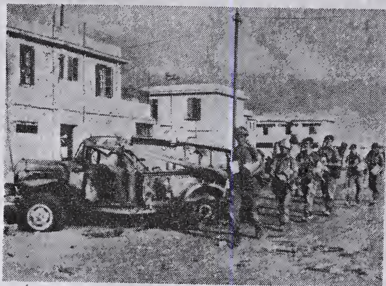
From: Publications Procurement Office, Berlin

2 - APR - 3
Copy 1957

Als Augenzeuge in Ägypten

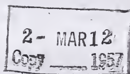
Maximilian Scheer vom Präsidium des Deutschen Friedensrates übermittelte uns über Funk weitere Berichte.

X-DD261
.4
.Z9



Britische Aggressoren in Port Said

#53



Literarische Veranstaltungen für Kinder

X-DD261
.4
.Z9

Nachweis der gesammelten Materialien

1956

Herausgegeben vom Zentralinstitut für Bibliothekswesen, Berlin

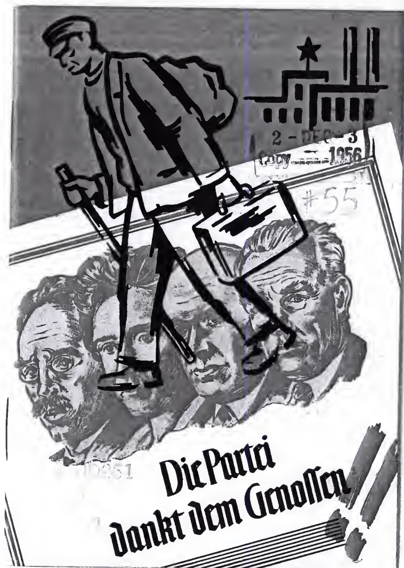
2-JUL-9
Copy 1956
#54

ENTSTEHUNG DES LEBENS AUF DER ERDE

X-DD261
.4
.Z9

EIN LESEPLAN

ZENTRALINSTITUT FÜR BIBLIOTHEKSWESEN


Die Partei
dankt dem Genossen

From: Publications Procurement
Office, Berlin

2 - SEP 19
Copy 1956

#56

Nur zur Olympiade gemeinsam?



DD261.4
.29
#57

SED - Demanding an understanding with the Eastberlin City Authorities

From: Publications Procurement Office, Berlin

2 - AUG

#58

Aus dem Schuldkonto des Schöneberger Senats

600 000 Mieter sollen jährlich 40 000 000 DM mehr Miete zahlen. Die Fahrpreiserhöhung schädigt die Werktätigen um jährlich 20 000 000 DM.

Preistreiberei und Preiswucher werden nicht unterbunden.

Die Zerschlagung der KVAB und die Errichtung einer Armeleuteversicherung wird vorbereitet.

Durch drückende Steuerlasten wird der Mittelstand an den Bettelstab gebracht.

Die Großkapitalisten erhielten seit 1950 über 500 000 000 DM Steuergeschenke und streichen riesige Profite ein.

Stahlhelm und Faschisten werden vom Senat polizeilich geschützt und erhalten jetzt auch noch Schulräume.

Schluß mit der NATO-Politik, deren Kosten die Werktätigen bezahlen müssen!

Schützt Euch vor der unsozialen Politik des Senats!

Unterstützt das Volksbegehren gegen die Mietpreiserhöhung!

Protestiert gegen die Fahrpreiserhöhung!

Erzwingt das Verbot der militaristischen und faschistischen Organisationen, die immer frecher auftreten!

Der Senat muß sich mit dem Magistrat von Groß-Berlin verständigen.

Wer sich an der Hetzkundgebung am 17. Juni beteiligt, unterstützt die volksfeindliche Politik des Senats und schadet sich selbst.

SED

X-DD261
.4

Pamphlet - Demanding an understanding between the East and West BerlinCity Authorities

LC

#59

From: Publications Procurement Office, Berlin

Ebert zum Treffen mit Suhr bereit!

Über Fahrpreis und Verkehr sprechen!

Schreiben an Dr. Suhr / Maßnahmen gegen Fahrpreiserhöhung sollen erörtert werden

2 - AUG - 2 1956

Sehr geehrter Herr Dr. Suhr!

Aus Berichten der Ihnen nahestehenden Presse habe ich entnommen, daß der Senat sich gezwungen sieht, eine wesentliche Erhöhung der Tarife der BVG in Westberlin ab 1. Juli vorzuschlagen. Diese Tariferhöhung bedeutet für die Bevölkerung Westberlins eine soziale Mehrbelastung von jährlich mindestens 20 Millionen DM. Unter Bezugnahme auf meine Erklärungen vor der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 29. Mai 1956 und auf die wiederholten Vorschläge von Volksvertretung und Magistrat rege ich eine persönliche Besprechung mit Ihnen zur Beratung von Maßnahmen an, die geeignet sind, die Erhöhung der Fahrpreise der BVG in Westberlin und die damit verbundene soziale Belastung der Bevölkerung abzuwenden sowie die Verkehrsverbindungen zwischen beiden Teilen der Stadt zu erleichtern.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir alsbald einen Vorschlag über Ort und Zeit einer solchen Aussprache machen würden. Abschrift dieses Briefes habe ich dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn Willi Brandt, mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ebert

X-DD261
.4
.Z9

From: Publications Procurement
Office, Berlin

LC

Ebert zum Treffen mit Suhr bereit!

Uber Fahrpreis und Verkehr sprechen!

#60

Schreiben an Dr. Suhr / Maßnahmen gegen Fahrpreiserhöhung sollen erörtert werden

2 SEP 19 Copy 1956

Sehr geehrter Herr Dr. Suhr!

Aus Berichten der Ihnen nahestehenden Presse habe ich entnommen, daß der Senat sich gezwungen sieht, eine wesentliche Erhöhung der Tarife der BVG in Westberlin ab 1. Juli vorzuschlagen. Diese Tariferhöhung bedeutet für die Bevölkerung Westberlins eine soziale Mehrbelastung von jährlich mindestens 20 Millionen DM. Unter Bezugnahme auf meine Erklärungen vor der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 29. Mai 1956 und auf die wiederholten Vorschläge von Volksvertretung und Magistrat rege ich eine persönliche Besprechung mit Ihnen zur Beratung von Maßnahmen an, die geeignet sind, die Erhöhung der Fahrpreise der BVG in Westberlin und die damit verbundene soziale Belastung der Bevölkerung abzuwenden sowie die Verkehrsverbindungen zwischen beiden Teilen der Stadt zu erleichtern.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir alsbald einen Vorschlag über Ort und Zeit einer solchen Aussprache machen würden. Abschrift dieses Briefes habe ich dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn Willi Brandt, mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

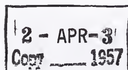
Ebert

X-DD261
.4
.Z9

From: Publications Procurement
Office, Berlin

Gratis
Library of Congress
Gift and Exchange Division
Washington 25, D.C.

LC #61



X-DD261
.4

Liebe Eltern!

Wir erlauben uns hiermit, Sie herzlichst zu einer Elternversammlung am Mittwoch, dem 5. Dezember 1956 einzuladen.

Ein Mitarbeiter der Hochschule für Pädagogik wird zu dem Thema:

„Die Erziehung unserer Kinder in der heutigen Zeit."

sprechen.

Nach dem Vortrag bitten wir Sie, noch an einem gemütlichen Beisammensein teilzunehmen.

Beginn: 19.[illegible] Uhr
[illegible] Siemensstr. 27

Pionierfreundschaft
Tiergarten

FDGB (East German trade union) Gross-Berlin
Addressing Westberlin labor (protest against
the"abolition"of the present Social Health Insurance)

LC #62

Arbeiter Westberlins!

From: Publications Procurement
Office, Berlin

2 - AUG - 2

Es geht um Euer Geld!

Die Vertreterversammlung der IG Metall im DGB hat vor einigen Tagen energisch gegen die endgültige Zerschlagung der KVAB protestiert. Sie forderte den Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel.

Wir Gewerkschafter im Osten Berlins begrüßen diesen Beschluß, weil auch wir über die Entwicklung in Westberlin äußerst beunruhigt sind. Aus unserer Verantwortung heraus für die Wahrung der Interessen der Arbeiter in beiden Teilen unserer Stadt und für die Überwindung der vorhandenen Gegensätze fühlen wir uns verpflichtet, den Kampf der Westberliner Gewerkschafter zu unterstützen.

Was ist geplant?

Einschneidende Verschlechterungen stehen bevor, wenn es den Unternehmern und ihren Parteien gelingt, die Reste der ehemals einheitlichen VAB auch noch zu zerschlagen. Sie wollen Betriebskrankenkassen und Ersatzkassen haben, sie wollen eine Allgemeine Ortskrankenkasse alten Stils für die „armen Leute".

Arbeiter, Gewerkschafter!

Wehrt Euch dagegen, denn dies Vorhaben bedeutet für etwa 1 Million Westberliner Arbeiter, Angestellte und Rentner einen Abbau der sozialen Leistungen und eine Erhöhung der Beiträge.

Der Grundsatz der Sozialversicherung, die Solidarität der Gesunden gegenüber den Kranken, der Arbeitsfähigen gegenüber den Invaliden, Witwen und Waisen, wird aufgegeben, wenn die besten Verdiener eigene Kassen erhalten. Übrig blieben in der „Arme-Leute-Kasse" 500 000 kleine Verdiener und 460 000 Rentner. Also nur die Hälfte der Mitglieder der AOK würde volle Beiträge bezahlen.

X-DD261
.4
.Z9

IG Nahrung und Genuss, Gross-Berlin
(East German trade union)
addressing Westberlin colleagues of the butchery trade

LC

#63

From: Publications Procurement Office, Berlin

Kollegen der Fleischwarenindustrie

in Westberlin!

AUG -2

Seit dem 1. April dieses Jahres besteht in der Westberliner Fleischindustrie ein tarifloser Zustand.

Der Unternehmerverband, an der Spitze Dr. Tinius, weigert sich hartnäckig, die mehr wie berechtigten Forderungen der Kollegen anzuerkennen.

Die Unternehmer treiben bewußt und systematisch eine Verschleppungstaktik, genau wie in den vergangenen Jahren.

Ihre lächerlichen Angebote, erst 1 Pfennig, dann 5 Pfennig Zulage sind von allen Kolleginnen und Kollegen als völlig undiskutabel einmütig abgelehnt worden.

Jetzt ist die Zeit zum Handeln gekommen.

Die Kollegen der Efha-Werke haben das Beispiel gegeben, als sie erklärten:

„Erst Verhandlungen über unsere Lohnforderungen, dann arbeiten wir weiter."

Das, Kolleginnen und Kollegen, hat gewirkt. **Eine solche Sprache verstehen die Unternehmer.**

Bei der am Freitag, dem 11. dieses Monats, erfolgten geheimen Abstimmung über den Vorschlag des „Unparteiischen" von der Abteilung Arbeit ist derselbe in den Betrieben der Fleischwarenindustrie mit 80 bis 100 Prozent Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Die Kollegen bestehen auf der Forderung der Gewerkschaft, 1,77 DM die Stunde, aber keinen Pfennig weniger.

Die Unternehmer können zahlen! Warum?

Nach eigenen Angaben des Unternehmerverbandes hat sich der Umsatz von 15 Millionen 1950 auf 60 Millionen 1954 gesteigert, sich also vervierfacht.

X-DD261
.4
79

From: Publications Procurem... :
Office, Berlin

LC

Vorschlag des ZK der SED an den Parteivorstand der SPD

2 - SEP 19 ... 1956

#64

Gemeinsam die Wehrpflicht verhindern

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands richtete mit Datum vom 30. Juni folgendes Schreiben an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bonn:

Werte Genossen!

Die deutsche Arbeiterklasse und auch die Mehrheit der Bevölkerung in Westdeutschland sind interessiert an der Entspannung der Lage in Deutschland und in Europa. Dazu sind vor allem die Verminderung der Rüstungen und die Verhinderung der Wehrpflicht in Deutschland notwendig. Auf der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erklärten wir, daß es durchaus möglich ist, den Krieg auch auf dem Territorium Deutschlands zu verhindern, wenn es gelingt, die Volksbewegung für den Frieden und gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands zu verstärken. Wir begrüßen die Erklärungen der Parteiführung der SPD gegen die Einführung der Wehrpflicht in Westdeutschland und gegen die Teilnahme der Bundesrepublik an militärischen Blocks.

Am 12. Mai 1956 erklärte der Erste Sekretär des ZK der SED, Genosse Walter Ulbricht, in einem Interview mit einem Vertreter des ADN, daß sich beide deutsche Regierungen über die Begrenzung der militärischen Streitkräfte verständigen könnten und daß sich beide deutsche Regierungen verpflichten könnten, die Wehrpflicht nicht einzuführen. In der 13. Tagung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik gab der Ministerpräsident, Genosse Otto Grotewohl, eine Regierungserklärung ab, in der Vorschläge zur Herbeiführung der innerdeutschen Entspannung unterbreitet wurden. Der erste dieser acht Vorschläge besagt, daß die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt und befürwortet, „daß sich beide deutsche Staaten verpflichten, die Wehrpflicht nicht einzuführen und eine Vereinbarung über die Begrenzung der Streitkräfte zu treffen".

Es ist jedoch bekannt, daß die Adenauer-Regierung all diese Vorschläge ignorierte und ihren Willen zur Einführung der Wehrpflicht

X-DD261
.4
.Z9

2261
.4
.29
#65

Der Wirtschaftsplan für 1956

Am 1. Januar 1956 stand die kommunistische Wirtschaftspolitik am Beginn des zweiten Fünfjahrplanes. Zwar sind nach Ablauf des ersten Fünfjahrplanes bisher keine neuen über weitere fünf Jahre aufgestellten Planziele bekannt geworden, sie gehen aber aus den Forderungen hervor, die für das Jahr 1956 auf Beschluß des Ministerrates der Zonenregierung aufgestellt wurden.

Eindeutig ist eine Rückkehr zu den Planzielen von 1953 zu erkennen. Wie damals werden auch jetzt wieder die schwerindustriellen Kapazitäten auf Kosten der Konsumgüterproduktion bevorzugt. Insgesamt soll im kommenden Jahr die Bruttoproduktion um 9 Prozent gesteigert werden. Wenn man berücksichtigt, daß die für das vergangene Jahr geplante Steigerung nicht mehr als 5 Prozent vorsah, läßt sich leicht ausmalen, welche politischen und sozialen Wirkungen die Zonenbevölkerung im kommenden Jahr erwarten.

Die staatlichen Investitionen, die 1955 rund 3 Milliarden DM betrugen, sollen um rund 40 Prozent gesteigert werden. Damit werden die Investitionen eine Höhe von 4,2 Milliarden DM erreichen, was genau der Investquote von 1953 entspricht. Die damals zur Erreichung dieses Planzieles notwendige Einschränkung der Konsumgüterproduktion führte zur Unzufriedenheit vor dem 17. Juni 1953.

Die jetzt erneut beabsichtigte Einschränkung der Konsumgüterproduktion ergibt sich aus einer Zahlengegenüberstellung: Während der Maschinenbau auf 287 Prozent und die Schwerindustrie auf 148 Prozent ausgeweitet werden soll, ist für die Lebensmittelindustrie nur eine Erhöhung um 106 Prozent vorgesehen. Wie Ulbricht auf dem 25. Plenum des Zentralkomitees der SED ausführte, sollen Investitionen für neue Vorhaben auf dem Gebiet der Kultur und des Gesundheitswesens, für das Ferienwesen des FDGB u. a. ganz gestrichen sein, um Vorhaben auf dem Sektor der Schwerindustrie durchführen zu können.

Derselbe Betrag wie für die Investitionen ist für die Subventionierung des Außenhandels vorgesehen; die Zonenwirtschaft braucht Devisen, um die Einfuhr von Rohstoffen bezahlen zu können. Hinzu kommen die Kosten für die Aufrüstung, die für die kleinere Sowjetzone mit 10 Milliarden DM angegeben werden und die ebenfalls durch die Zonenwirtschaft aufgebracht werden müssen.

Die Methoden, mit welchen Ulbricht diese Forderungen durchsetzen will, sind dieselben wie sie bereits in der Vergangenheit angewandt wurden: Das Sparsamkeitsprinzip, die Anwendung des Normenprinzips und damit des Lohns als Leistungspeitsche. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität gehört genauso dazu wie die dadurch angestrebte Senkung der Selbstkosten der Betriebe. Aber auch die Fachministerien schätzen die Möglichkeiten zur Erreichung dieser Planziele ohne soziales und wirtschaftliches Durcheinander nur gering ein. Ulbricht mußte auf der 25. ZK-Tagung die Ministerien rügen, weil sie mit ihren Planziffern hinter den von der Partei aufgestellten Kontrollziffern um 10 bis 20 Prozent zurückblieben.

D3261
.4
.Z9
#66

Politische Wandelbarkeit

Die Angelegenheit der Bundesminister Kraft und Oberländer läßt politische Wandlungen in vielerlei Hinsicht erkennen.

Schon die Berufung des ehemaligen SA-Hauptsturmführers Dr. Theodor Oberländer und des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Waldemar Kraft durch den alten Nazigegner Dr. Adenauer in seine Regierung versetzte die politische Welt in Staunen. Ebenso unverständlich erschien es, daß Oberländer es sich leisten konnte, eine Reihe seiner alten Nazifreunde auf führende Posten in das Bundesvertriebenenministerium nachzuziehen. Man nahm an, Adenauer und die CDU schlucken das alles nur deshalb, um durch den BHE die Dreiviertelmehrheit im Bundestag zu erlangen. Durch den Austritt der beiden Minister aus dem BHE und den Übergang der Vertriebenenpartei zur Opposition ist jedoch dieses Argument entfallen. Dr. Adenauer hat das Rücktrittsgesuch Oberländers und Krafts trotzdem nicht genehmigt.

Diese Handlungsweise des Kanzlers ist überdies undemokratisch. Zwar werden nach Artikel 64 des Grundgesetzes die Bundesminister auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen, doch bedeutet das keine Ermächtigung für den Bundeskanzler, die Grundregeln der parlamentarischen Demokratie außer Kraft zu setzen und nach der Regierungsbildung ohne Rücksicht auf die Parteien die Zusammensetzung der Bundesregierung nach eigenem Ermessen zu bestimmen.

Und die beiden umstrittenen Minister?

Oberländer: Einst Landwirtschaftsexperte für die Ostexpansion Hitlers, Mitglied der NSDAP seit 1933 und SA-Hauptsturmführer, macht seit 1945 schon die dritte parteipolitische Mauserung durch. Er wurde zunächst Mitglied der FDP. Als er in dem von Kraft inzwischen aufgezogenen BHE seine Chance erblickte, wechselte er schnell zu diesem hinüber. Das Amt des Staatssekretärs für Vertriebenenfragen in der Bayerischen Staatsregierung und hernach des Bundes-Vertriebenenministers waren die lohnenden Pfründe dieser Wandlung. Sein Austritt aus dem BHE, als sich dort Schwierigkeiten ergaben, und das Hinüberwechseln als Hospitant zur CDU-Fraktion als letzte politische Wandlung wurde schließlich mit dem Verbleiben auf dem Ministersessel belohnt.

Kraft: Durch demagogische soziale und nationale Parolen schob sich der arbeitslose Stempelbruder aus Ratzeburg und ehemalige Geschäftsführer der Deutschen Bauerngenossenschaft in Posen vor fünf Jahren in den Vordergrund und wurde von den Vertriebenen an die politische Oberfläche getragen. Noch im Bundestagswahlkampf 1953 verfocht Kraft seine Thesen im Zeichen der Farben schwarz-weiß-rot. Als Bundesminister vergaß er schnell seine Aufgabe, Verbindungsmann zur BHE-Fraktion zu sein, wie es ihm nichts ausmachte, gegen die allgemeine Auffassung der Vertriebenen und seiner Partei mit Adenauer dem Saarstatut zuzustimmen (das gleiche tat Oberländer). Und als ihm Widerstand entgegengesetzt wurde, verließ Kraft nicht nur die von ihm gegründete Partei, sondern ist sogar eifrig dabei, ihre Existenz zu untergraben, um sich eine neue politische Basis zu verschaffen.

X·DD261 #67
.4

Die Wirklichkeit in der sozialen Marktwirtschaft

Die These von der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik wird erschüttert, wenn man die Verwendung des Sozialproduktes ermittelt und diese Entwicklung verfolgt. Es erweist sich, daß der private und der Staatsverbrauch ständig zurückgehen, die Investitionen aber anwachsen:

	1953 in Mrd. DM	%	1954 in Mrd. DM	%	1955 in Mrd. DM	%
Brutto-Sozialprodukt	134,3		145,5		163,0	
davon:						
Privater Verbrauch	75,7	56,4	81,7	56,2	90,6	55,6
Staatsverbrauch	22,4	16,7	24,0	16,5	26,3	16,1
Investitionen	32,0	23,8	35,6	24,4	43,1	26,4
Außenbeitrag	4,2	3,1	4,2	2,9	3,0	1,9

Ein Vergleich mit dem Jahre 1936 zeigt überdies, daß der private Verbrauch damals im Verhältnis zum Staatsverbrauch und zu den Investitionen noch wesentlich höher war, und zwar: Bruttosozialprodukt 1936 insgesamt 47 928 Millionen RM. Davon privater Verbrauch 28 986 Mill. (60,5 %), Staatsverbrauch 9970 Mill. (20,7 %), Investitionen 8972 Mill. RM (18,8 %). Einen noch schwereren Stoß erhält die These von der sozialen Marktwirtschaft, wenn man die Verwendung des Sozialproduktes mit anderen Ländern vergleicht. Für das Jahr 1954 ergibt diese Gegenüberstellung folgendes Bild:

	Privater Verbrauch	Öffentliche und private Brutto-investitionen	Staats-verbrauch
	in v. H. d. Bruttosozialproduktes zu Marktpreisen		
USA	64,7	15,8	19,0
Kanada	65,1	20,5	15,3
Belgien	70,9	15,1	13,5
Dänemark	70,4	18,9	12,5
Frankreich	69,0	14,9	15,0
Großbritannien	66,2	14,9	17,7
Italien	70,7	19,8	11,4
Niederlande	58,1	24,8	15,9
Norwegen	61,6	30,4	13,2
Schweden	63,0	20,0	17,0
Bundesrepublik Deutschland	56,2	24,4	16,5

Während also die Bundesrepublik im privaten Verbrauch, der ja für das Wohlergehen der Bevölkerung der eigentliche Gradmesser ist, an letzter Stelle liegt, nimmt sie bei den Investitionen den 3. Platz und beim Staatsverbrauch den 4. Platz ein. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß Westdeutschland im Jahre 1954 noch keine eigenen Streitkräfte hatte, die Ausgaben für militärische Zwecke (Besatzungskosten) also noch verhältnismäßig gering waren.

#68

Schwerer Stand der Vertriebenenbetriebe

Die Schaffung selbständiger Existenzen unter den Vertriebenen blieb weit hinter dem Stand vor der Vertreibung zurück. Während der Anteil der Selbständigen unter den Erwerbspersonen der Vertriebenen vor der Vertreibung 15,8 % betrug, belief er sich nach der letzten Erhebung am 1. 1. 1955 auf 7,2 %, und zwar zusammen mit den Zugewanderten aus der Sowjetzone. Dabei handelt es sich zumeist um kleine Handwerksbetriebe. Von insgesamt 62 625 Vertriebenen- und Flüchtlingsbetrieben am 1. 1. 1955 waren nur 4971 (2867 Vertriebenen- und 2104 Flüchtlings- bzw. Zugewandertenbetriebe) mit 10 und mehr Beschäftigten.

In folgenden Zweigen der Industrie sind die Vertriebenen- bzw. Zugewandertenbetriebe am stärksten vertreten:

Hauptbeteiligte Industriegruppen	Betriebe		Beschäftigte	
	Vertrieb. Betriebe	Zugewa. Betriebe	Vertrieb. Betriebe	Zugewa. Betriebe
Textilindustrie	599	379	46 278	32 548
Bekleidungsindustrie	426	389	27 156	23 136
Industrie d. Steine und Erden	241	74	7 376	2 701
Glasindustrie	193	84	10 697	7 189
Holzverarbeitende Industrie	168	76	8 427	2 746
Maschinenbau	140	174	10 367	30 942
Elektrotechnische Industrie	83	147	6 745	27 281
Chem. Industr. (einschl. Ch-Faser)	74	106	2 433	6 776
Papierverarbeitende Industrie	69	62	3 046	4 032
Druckereien u. Vervielfältigungsind.	59	45	2 592	2 473
Kunststoffverarbeitende Industrie	43	36	2 706	1 877
Lederverarbeitende Industrie	82	33	3 490	1 368
Süßwarenindustrie	42	19	2 634	1 329

Bedenklich für die künftige Entwicklung eines großen Teils der Vertriebenen- bzw. Flüchtlingsbetriebe ist ihre ungünstige Kapitalstruktur. Diese Unternehmen waren gezwungen, ihren Aufbau vorwiegend auf Kreditmittel zu stützen. Im Sommer 1955, also in der Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, waren von 2155 mit öffentlichen Mitteln geförderten Vertriebenenbetrieben 294, das ist fast ein Siebentel, sanierungsbedürftig.

Wie gering das Eigenkapital der Vertriebenenbetriebe ist, dafür ein Vergleich aus der Textilindustrie: Bei den Vertriebenenbetrieben dieses Industriezweiges betrug das Eigenkapital im Jahr 1953 nur 17,3 % der Bilanzsumme, bei den einheimischen Textilgeschäften jedoch 52,8 %.

Da die Vertriebenenbetriebe wegen ihrer geringen Größe meist keine ausreichenden Sicherheiten für Kredite geben können, ist ihnen der Weg zum Kapitalmarkt in der Regel versperrt. Sie sind daher überwiegend auf die teuren kurzfristigen Kredite angewiesen. Aber auch die langfristigen Anleihen werden zumeist nur für eine begrenzte Zeit gegeben. Untersuchungen des Bundeswirtschaftsministeriums haben ergeben, daß nach dem Stand von 1953 innerhalb der nächsten fünf Jahre von den Vertriebenenunternehmen der Gablonzer Glasindustrie 50 %, der lederverarbeitenden Industrie 55 % der „langfristigen" Gelder zurückzuzahlen sind.

DD261 .4 .S9 #61

Unzulängliche Eingliederung

Am Tage der Volkszählung im Jahre 1950 lebten im Bundesgebiet 7 989 600 Heimatvertriebene. Ihre Zahl dürfte bis Ende 1955 auf 8,7 Millionen angestiegen sein. Hinzu kommen 2,5 Millionen Flüchtlinge aus der Sowjetzone. Zusammen sind das über 11 Millionen Menschen, die seit 1945 nach Westdeutschland eingeströmt sind.

Diese Heimatlosen haben sich entgegen der allgemeinen Auffassung der ersten Zeit als ein sehr wertvoller Faktor im wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik erwiesen. Sie waren in den ersten Jahren des Aufbaus die billigsten und willigsten Arbeiter, die Arbeitslosigkeit war unter ihnen immer viel größer als bei der einheimischen Bevölkerung. Während die Vertriebenen am Tage der Volkszählung 17 % der Bevölkerung ausmachten, betrug ihr Anteil an der Arbeitslosigkeit 33,4 %. Am 31. August 1955 war der Anteil der Vertriebenen an der allgemeinen Arbeitslosigkeit auf 24,3 % zurückgegangen. In Betracht zu ziehen ist aber, daß nur etwa 35 % der Vertriebenen wieder in ihren alten Berufen beschäftigt sind.

Am schlimmsten stellt sich die Lage der vertriebenen Landwirte dar. Von 362 000 ehemals selbständigen Bauern konnten bis zum 30. 6. 1955 nur rund 72 000 angesiedelt werden, davon fast zwei Drittel nur auf kleinen Nebenerwerbsstellen unter 2 ha.

In den einzelnen Ländern sieht das Siedlungsergebnis für die Zeit von Anfang 1949 bis zum 30. 6. 1955 folgendermaßen aus:

	Stellen	davon bis 2 ha Anzahl	Prozent	Gesamtfläche
Baden-Württemberg	8 502	6 123	72	23 707
Bayern	8 961	2 325	25,9	81 472
Berlin-West	26	14	53,9	102
Bremen	390	339	86,9	989
Hamburg	207	151	72,9	967
Hessen	6 164	3 806	61,7	29 250
Niedersachsen	19 342	12 207	63,1	112 762
Nordrhein-Westfalen	8 237	5 488	66,6	37 349
Rheinland-Pfalz	2 344	682	29,1	18 658
Schleswig-Holstein	9 122	6 060	66,4	57 314
	63 395	37 195		362 570

Dazu kommen noch 8 624 Stellen aus der Zeit vor 1949.

Die Zahl der Stellen mit über 10 ha, die also eine volle Ackernahrung für einen Familienbetrieb darstellen, beträgt nur 14 500 oder 4 % der vertriebenen Bauern.

Auf keinem anderen Gebiet sind bürokratische Unfähigkeit, Gleichgültigkeit, Egoismus und agitatorische Unehrlichkeit so kraß in Erscheinung getreten wie bei der Eingliederung der vertriebenen Bauern. Wertvolle Kräfte sind bereits in großer Zahl ausgewandert. Dennoch gibt es in der Bundesrepublik noch über 150 000 siedlungswillige Bauern. Sie werden nur sinnvoll eingegliedert werden können, wenn in der bisherigen Siedlungspraxis eine grundlegende Wandlung eintritt.

X-DD261
.4
.29
#70

Ungerechte Steuerpolitik

Die Einkommen der Unternehmer und Selbständigen werden in der westdeutschen Bundesrepublik aus Gründen des Wiederaufbaus unter rücksichtsloser Ausnutzung der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag künstlich überhöht bei gleichzeitiger Niedrighaltung der Masseneinkommen. Das geschieht durch eine einseitige Steuerpolitik. Hohe steuerliche Belastung der breiten Volksschichten durch indirekte Steuern, dagegen verhältnismäßig niedrige direkte Steuern auf das Vermögen und Einkommen. Hinzu kommen die gesetzlichen Förderungsmaßnahmen zur „Selbstfinanzierung" der Unternehmen, u. a. die Steuerbegünstigungen für „nicht entnommene Gewinne". Das Ergebnis ist eine derart übersteigerte Investitionstätigkeit, daß dadurch eine Störung der normalen wirtschaftlichen Entwicklung droht. (Siehe unter „Steuer" in III/55, VIII/55 und IX/55, sowie „Seit 1948 über 5 Milliarden DM investiert" unter „Stahlindustrie" in I/56 und „Fassade im düsteren Hintergrund" unter „Wirtschaftswunder" in I/56.)

Die ungerechte Verteilung der Steuerlast in der Bundesrepublik tritt besonders bei einem Vergleich mit anderen Staaten hervor. Das prozentuale Verhältnis der Einkommen- und Vermögenssteuer auf der einen, sowie der Steuern auf die Einkommensverwendung (einschließlich indirekte Steuern) und der Zölle auf der anderen Seite gegenüber dem gesamten Steuer- und Zollaufkommen stellte sich in den einzelnen Ländern im Jahre 1954 wie folgt dar:

Staat	Einkommen- und Vermögenssteuer	Steuern auf die Einkommens-verwendungen	Zölle
	in Prozent des gesamten Aufkommens		
Bundesrepublik	33,0	60,6	6,4
Italien	29,6	64,0	6,4
Norwegen	34,7	57,1	8,2
Frankreich	39,0	58,7	2,3
Dänemark	45,1	50,4	4,5
Belgien	52,0	42,1	5,9
Schweden	57,7	36,9	5,4
Niederlande	59,2	32,1	8,7
Schweiz	36,6	31,7	31,7
Kanada	61,3	28,2	10,5
Großbritannien	56,6	18,9	24,5
USA	84,0	15,0	1,0

Im Haushalt 1955/56 wird sich in der Bundesrepublik dieses Verhältnis noch weiter zuungunsten der Verbraucher verschieben. Allein nach dem Haushaltsvoranschlag wird der Anteil der Steuern auf die Einkommensverwendung auf 63,3 % ansteigen, das Aufkommen der Vermögen- und Einkommenssteuer aber auf 30,1 % zurückgehen. Da aber in diesem Jahr ein beträchtliches Mehraufkommen der Steuereingänge zu erwarten ist, muß mit einer noch größeren Verschiebung gerechnet werden.

I/56

DD261 #71
.4
.Z9

Altersrente von 75 Prozent des Einkommens

Als vordringlichste Aufgabe auf dem Wege zu einer Sozialreform in der westdeutschen Bundesrepublik wurde auf dem Kongreß der SPD in Köln am 14./15. Januar 1956 eine Altersrente von 75 % des Einkommens nach Beendigung eines normalen Arbeitslebens herausgestellt. Diese Forderung ist auch im Aktionsprogramm des DGB und im DAG-Plan enthalten und wird ebenso von den Verbänden der Kriegsgeschädigten und Rentner erhoben. Die SPD wird diese Forderung in Form eines Gesetzentwurfes in den Bundestag einbringen und dafür sorgen, daß sie nicht mehr aus der politischen Diskussion verschwindet, bis sie für alle arbeitenden Menschen verwirklicht ist.

Für die Berechnung der Altersrente sollen folgende Grundsätze gelten:

1. Die Altersrente muß in einem angemessenen Verhältnis zum bisherigen Arbeitsverdienst des Menschen stehen, der ein Leben lang Beiträge hierfür gezahlt hat.
2. Beitragslücken für die Jahre des 1. und 2. Weltkrieges, des Militärdienstes, von Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie für die Inflationsjahre sollen durch Neuregelung aufgefüllt werden.
3. Sicherung der Kaufkraft der Rentner durch ihre automatische Anpassung an die Lohn- und Gehaltsentwicklung.

Die von gewissen Kreisen, insbesondere auch vom Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministerium angestrebte Förderung der Weiterarbeit bis zum 70. Lebensjahr durch Gewährung höherer Leistungen ist als Versuch, die Altersgrenze auf kaltem Wege von 65 auf 70 Jahre heraufzusetzen, abzulehnen. Bei Frauen wird die SPD die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre fordern. Es ist erwiesen, daß sowohl in der Invaliden- als auch in der Angestelltenversicherung rund 85 % der Frauen vor Erreichung der Altersgrenze invalide sind. Ebenso muß die Altersgrenze für Bergleute auf 60 Jahre herabgesetzt werden. Nach Feststellung der Ruhrknappschaftsversicherung sind Bergleute im Durchschnitt schon nach 55 Jahren arbeitsunfähig.

Des weiteren fordert die SPD die Angleichung der sozialen Sicherung der Witwen und Waisen von Arbeitern und Angestellten an die Hinterbliebenensicherung der Beamten, und zwar:

1. Gleiche Rentengewährung an alle Witwen, sowohl von Arbeitern als auch von Angestellten.
2. Die Renten von Arbeiter- und Angestelltenwitwen müssen ebenso wie bei Beamtenwitwen auf 60 % des vom Manne erworbenen Leistungsanspruches festgesetzt werden.
3. An Waisen von Arbeitern und Angestellten muß bei Schul- oder Berufsausbildung die Waisrenrenten über das 18. Lebensjahr hinaus bis zum 24. Lebensjahr gewährt werden.

(Siehe auch „Rentenerhöhung möglich“ in I/56).

X 05261
.4 #72
79

Stahlproduktion 1955 bereits 21,4 Millionen Tonnen

Durch die ersten rigorosen Bestimmungen der Besatzungsmächte nach 1945 sollte die deutsche Stahlproduktion weitgehend gedrosselt werden. Mit der sich verändernden weltpolitischen Lage wurden die Fesseln jedoch mehr und mehr gelockert. Seither folgte ein Anstieg der Stahlproduktion in der westdeutschen Bundesrepublik, wie ihn in den Jahren 1945 bis 1949 niemand für möglich gehalten hätte: 1949 wurden 9 Mill. Tonnen Stahl produziert, 1950 11,8, 1951 13,1, 1952 15,3, 1953 14,9, 1954 17,4 und 1955 21,4 Mill. Tonnen.

Die Stahlproduktion ist zu 80 % auf elf große Unternehmen konzentriert. Diese elf Stahlgesellschaften wiesen in den letzten Jahren folgende Produktionsziffern auf:

Gesellschaft	Aktienkapital in Mill. DM	Rohstahlerzeugung in 1000 Tonnen 1953/54	1954/55
Dortmund-Hörder Hüttenunion	184	1960	2529
Phoenix-Rheinrohr AG	207	1815	2216
Hüttenwerk Rheinhausen	70	1460	1795
Klöckner-Werke AG	210 [1])	1270	1610
Mannesmann-Hüttenwerke AG	140	1272	1530
Westfalenhütte AG	225	1340	1510
Hütte Oberhausen AG	104	1172	1484
August-Thyssen-Hütte AG	115	869	1300
Bochumer Verein AG	69	820	1070
Ilsede-Peine AG	200	640	764
Salzgitter AG	210	182	571
		12 800	16 379

Der Anstieg der Rohstahlproduktion in den elf Großunternehmen betrug 1954/55 gegenüber dem Vorjahr 28 %.

Zu der ungewöhnlichen Produktionssteigerung in der Metallindustrie haben drei Faktoren beigetragen: Zunahme der Beschäftigten um 12,8 %, Vermehrung der geleisteten Arbeitsstunden um 13,6 % und Produktivitätssteigerung um 22 %. Im Gegensatz zu dieser 22prozentigen Steigerung der Produktivität ist aber die Lohnsumme nur um 10 % gestiegen. Die Leistungszunahme war also doppelt so hoch wie die Lohnsteigerung.

Die Bedeutung der Eisen- und Stahlindustrie für die westdeutsche Wirtschaft ergibt sich auch aus den Umsatzzahlen. Im ersten Halbjahr 1955 wurden in der Metallindustrie Erzeugnisse im Werte von 33,6 Milliarden DM verkauft, was einem Anteil an dem Umsatz der gesamten Industrie der Bundesrepublik von rund 43 % entspricht.

Einheitsgewerkschaften auf Befehl der Besatzungsmächte

Die Agitation der sogenannten „Christlichen Gewerkschaftsbewegung" beruft sich immer wieder darauf, daß die einheitliche Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik auf einem Diktat der Besatzungsmächte beruhe. Am 16. August 1945 hätten Erzbischof Lorenz Jäger von Paderborn und Bischof Wilhelm Berning von Osnabrück den Chef der Britischen Kontrollkommission, General Templer, aufgesucht und von ihm die Wiederzulassung der zwangsweise in die „Deutsche Arbeitsfront" übergeführten christlichen Gewerkschaften verlangt.

Daraufhin sei den Bischöfen eine Erklärung verlesen worden, die im wesentlichen besagte,

> „daß es ein gemeinsamer Beschluß der Alliierten sei, die Einheitsgewerkschaft zu unterstützen, um für die Zukunft das Wiederaufleben faschistischer Strömungen in Deutschland zu verhindern".

In einer Erklärung, die von den beiden Bischöfen sieben Jahre später abgegeben wurde, legen sie diese Zusage der Besatzungsmächte, die Einheitsgewerkschaft zu unterstützen, als „Diktat" aus, wonach sich andere Gewerkschaften überhaupt nicht konstituieren durften. Sonst wäre es damals schon zur Wiederbegründung „christlicher" Gewerkschaften gekommen.

In klarem Widerspruch hierzu steht eine Veröffentlichung der Britischen Kontrollkommission, die zwei Tage vor besagtem Besuch der beiden Bischöfe erfolgte:

> „Die Militärregierung hat nicht die Absicht, die Form vorzuschreiben, unter der sich die Gewerkschaften in Deutschland bilden sollen... Die Alliierten Behörden werden dafür sorgen, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft eine Möglichkeit bekommt, ihren Willen zu bekunden. Der Organisation jedoch, wie stark sie auch immer sein oder werden mag, wird es nicht gestattet sein, kleineren Gruppen zu verwehren, sich selbst nach ihrem eigenen Weg zu organisieren."

Gegen die Behauptung der Bischöfe, die Besatzungsmächte hätten die Begründung „christlicher" Gewerkschaften 1945 verhindert, wandte sich der CDU-Sozialausschuß in Paderborn mit folgender Erklärung:

> „Selbst wenn die Bischöfe nach 1945 die Erlaubnis von den Besatzungsbehörden erwirkt hätten, eine weltanschaulich und religiös abgesonderte eigene „Richtungsgewerkschaft" aufzuziehen, hätten ihnen die Massen der vor 1933 gewerkschaftlich organisierten Christen aus christlicher Laien-Verantwortung keine Gefolgschaft mehr zu leisten vermocht, weil in ihnen während der gemeinsamen Jahre der Verfolgung... der Wille gestärkt war, bei nächster passender Gelegenheit die großen Fehler einer Falschentwicklung vor 1933 nicht zu wiederholen, und — ebenso wie die Arbeitgeber — eine überweltanschauliche und überkonfessionelle, d. h. im Hinblick auf die soziale und wirtschaftliche Interessenvertretung aller praktischen Gestaltungsfragen neutrale und tolerante Gewerkschaftsbewegung aufzubauen."

X-DD261
.4
.79
#14

Rentenerhöhung möglich

Bei Durchführung der von der Sozialdemokratie geforderten Erhöhung der Altersrenten auf 75 % des Arbeitseinkommens (siehe „Altersrente von 75 % des Einkommens" unter „Renten" in I/56) würde sich der bisherige jährliche Gesamtaufwand für die Rentenleistungen von 7 Milliarden auf 11 Milliarden DM erhöhen. Die Finanzierung dieses Rentenaufwandes müßte wie folgt erfolgen: 6,6 Milliarden DM durch Versicherungsbeiträge einschließlich Erstattungsansprüche und 4,4 Milliarden DM durch Bundesanteil.

Die Aufbringung der 6,6 Milliarden DM aus Versicherungsbeiträgen ist durchaus möglich. Das Jahresaufkommen der Träger der Rentenversicherung beträgt gegenwärtig nach Absetzung der Aufwendungen für Heilverfahren, Rentenkrankenversicherung und Verwaltungskosten mindestens 6,2 Milliarden DM. Hiervon wurden bis jetzt 2 Milliarden DM jährlich dem Vermögen zugeführt, das Ende 1955 auf etwa 8 Milliarden DM angewachsen ist. Dieses Vermögen wird unter Hinweis auf das sogenannte Anwartschaftsdeckungsverfahren gehortet. Die Ansammlung eines Deckungsvermögens aber ist volkswirtschaftlich unsinnig. Die bisher dafür verwandten 2 Milliarden DM jährlich stehen somit für die Finanzierung von Leistungserhöhungen zur Verfügung. Die noch fehlenden 400 Millionen sollten durch Übertragung eines Beitragsanteils von der Arbeitslosen- auf die Rentenversicherung erzielt werden, was als Ausgleich für die Überbrückung von Zeiten der Arbeitslosigkeit durchaus vertretbar ist.

Der Bundeszuschuß zu den Rentenleistungen beträgt gegenwärtig 2,8 Milliarden DM jährlich, er müßte also um 1,6 Milliarden erhöht werden. Eine solche Erhöhung wäre durchaus gerechtfertigt. Denn der Anteil der Sozialausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes ist seit 1950 ständig gesunken. Im Jahre 1950 betrugen die Sozialausgaben 37,09 v. H. der Bundesausgaben, nach dem Haushaltplan für 1956 aber nur 26,3 v. H. Die Erhöhung der Bundesmittel zur sozialen Sicherung um 1,6 Milliarden DM würde diesen Anteil auf 31,6 v. H. erhöhen. Der Bundesanteil für Sozialausgaben an den Gesamtausgaben würde damit noch wesentlich unter dem Anteil in den Jahren 1950 und 1951 liegen und nicht höher als der der Jahre 1952 und 1953 sein.

In jedem Fall können die benötigten 1,6 Milliarden DM aus Bundesmitteln für die umfassende soziale Sicherung der Alten bereitgestellt werden. Auch werden sich bei einer erhöhten Rentenleistung Ersparnisse bei anderen Sozialausgaben als auch Mehreinnahmen bei der Steuer ergeben.

Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß das kleine und wirtschaftlich weitaus schwächere Österreich eine vorbildliche Alterssicherung mit Wirkung vom 1. Januar 1956 in Kraft gesetzt hat. Was dort möglich war, sollte in der Bundesrepublik nicht als Utopie bezeichnet werden.

X 00261 #75
.4
.79

Verhängnisvolle Entwicklung

Die Versprechungen der Bundesregierung und die Wirklichkeit klaffen immer weiter auseinander:

1. In der Regierungserklärung (20. 10. 1953) versprach Dr. Adenauer eine „Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Rentner, Invaliden, Waisen und Hinterbliebenen durch eine weitere Erhöhung des Sozialproduktes und durch eine umfassende Sozialreform". Seitdem sind über zwei Jahre vergangen. Nichts ist geschehen. Jetzt redet die Bundesregierung zwar von der Sozialreform. (Wegen der näherrückenden Wahlen und des Drängens der SPD.) Aber eine umfassende Sozialreform ist in diesem Bundestag nicht mehr durchführbar. („Sozialreform" VI/55, IX/55, XI/55, „Sozialpolitik" III/55 sowie „Renten" I/55, VI/55, IX/55.)
2. In derselben Regierungserklärung hat der Bundeskanzler eine Steuerreform mit Minderung der Steuerlasten versprochen. Auch dieses Versprechen wurde nicht eingehalten. Eine spürbare Steuerermäßigung ist nur bei den hohen Einkommen eingetreten, die breiten Schichten der Bevölkerung aber wurden mit Wegfall der Zündholzsteuer und Senkung der Zuckersteuer abgespeist. (Siehe „Steuer" III/55, VIII/55, IX/55, XI/55.)
3. Die Bundesregierung hat versprochen, den Aufbau der Streitkräfte sorgfältig vorzubereiten und langsam vorzunehmen. Das NATO-Programm sieht hierfür drei Jahre vor. Stattdessen wird die Aufrüstung im Hetztempo durchgeführt.
4. Die Bundesregierung hat versprochen, den Bundesgrenzschutz nicht in die Streitkräfte zu übernehmen. Nunmehr soll der Grenzschutz den Grundstock der neuen Streitkräfte bilden.
5. Bei Bildung der Regierungskoalition (1953) versprach die CDU/CSU den Koalitionsparteien ein Wahlgesetz, das ihnen Mandate entsprechend ihrer Stimmenzahl sichern sollte. Heute versucht die CDU/CSU durch das sogenannte Grabensystem und andere Manipulationen die kleinen Parteien auszuschalten, um so ihre Vorherrschaft zu sichern.
6. Bei der Beratung des gesamtdeutschen Wahlgesetzes (Februar 1952) hat die CDU/CSU für das Verhältniswahlrecht gestimmt. Das „Grabensystem" aber widerspricht dem Verhältniswahlrecht.

An diesen wenigen Punkten ist zu erkennen, wie unglaubwürdig die Bundesregierung und insbesondere die Partei des Bundeskanzlers geworden sind. Und zwar nicht nur auf innenpolitischem, sondern auch auf außenpolitischem Gebiet. Für die Freiheit und die Demokratie ist eine solche Entwicklung geradezu verhängnisvoll.

#76
.4
.Z9

Papst Leo XIII anerkannte Christliche Gemeinschaftsschule

In der Auseinandersetzung um das Schulwesen wird von katholischer kirchlicher Seite automatisch die Forderung nach Anerkennung des („gottgewollten") Elternrechtes gleichgesetzt mit der Forderung nach der Konfessionalisierung des Volksschulwesens. Dabei wird der Eindruck erweckt, es sei für katholische Gläubige eine Sünde, für die gemeinsame Erziehung von Kindern verschiedener Konfession in einer Christlichen Gemeinschaftsschule einzutreten. Für das Höhere Schulwesen und die Universitäten wird die Konfessionalisierung in Deutschland seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts nicht mehr gefordert; wohl aber in Ländern mit rein katholischer Bevölkerung.

Schon aus diesem Wechsel in den Anschauungen über das, was das „gottgewollte" Elternrecht zum Inhalt hat, ergibt sich, daß hier kein Dogma zur Entscheidung steht, das man nur glauben oder nicht glauben kann. Es handelt sich vielmehr um eine Entscheidung darüber, was zweckmäßig ist. Das ergibt sich daraus, daß die Bischöfe nach katholischem Kirchenrecht (Corpus Iuris Canonici, Can. 1374) den Besuch nichtkatholischer Volksschulen gestatten können. Dagegen können auch Bischöfe oder der Papst natürlich keinem Menschen erlauben, eine Sünde zu begehen.

In den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts kam es in den USA zu einer ähnlichen Auseinandersetzung um das Volksschulwesen, wie wir sie in der Bundesrepublik nun seit Jahren erleben. Die Konferenz der katholischen Bischöfe Amerikas hatte sich entschlossen, die Gläubigen zum Schulstreik aufzurufen, um ihre Forderung auf Errichtung katholischer Volksschulen durchzusetzen. Die Regierung und der überwiegende Teil der Bevölkerung der USA sah in der Konfessionalisierung der Schulen eine Gefährdung des amerikanischen Grundsatzes der Trennung von Staat und Kirche.

In dieser gespannten Situation traf der Erzbischof von Irland eine Sonderabrede mit den örtlichen Behörden, indem er für zwei Schulen seines Sprengels einer Gemeinschaftsschule zustimmte. Die einzige Bedingung, die der kirchliche Würdenträger stellte, war, daß vor oder nach dem schulplanmäßigen Unterricht in den Schulgebäuden katholischer Religionsunterricht erteilt werden dürfte; was sonst in den USA nicht statthaft ist. Die amerikanischen Bischöfe wandten sich beschwerdeführend an den Papst und verlangten die Maßregelung des Erzbischofs. Papst Leo XIII. aber billigte die vom Erzbischof getroffene Vereinbarung ausdrücklich. In seinem Schreiben an die amerikanischen Bischöfe definiert er von der Kirche gewünschte „konfessionelle Schulen" auch als solche,

> „wo katholische Kinder mit nichtkatholischen Kindern dieselbe Schule besuchen, aber ordnungsgemäß in der Religion unterwiesen werden, und zwar von Lehrern, deren Eignung dazu von Bischöfen ausdrücklich anerkannt wird". (Quelle: Tischleder, Die Staatslehre Leo XIII.)

Das ist in der Bundesrepublik Deutschland in allen Christlichen Gemeinschaftsschulen gewährleistet.

X-DD261 #77
.4
.79

Theorie und Praxis der katholischen Kreise

Anfang September 1949 wurde auf dem Bochumer Katholikentag folgende Resolution verkündet:

> „Die katholischen Arbeiter und Unternehmer stimmen darin überein, daß das Mitbestimmungsrecht aller Mitarbeiter bei sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen ein natürliches Recht in gottgewollter Ordnung ist, dem die Mitverantwortung aller entspricht. Wir fordern seine gesetzliche Festlegung."

Dieser Resolution lagen eingehende Beratungen der Ausschüsse zugrunde, in denen Mathias Föcher, 2. Vorsitzender des DGB und Mitglied der CDU, folgende Begriffsbestimmungen gab:

1. Das Anhörungsrecht: Der Betriebsrat kann dem Unternehmer zwar seine Meinung vortragen, es steht aber völlig im Belieben des Unternehmers, ob und in welchem Umfange er sich die vorgetragenen Ansichten zu eigen machen oder sie auch nur berücksichtigen will.

2. Die Mitwirkung: Unter Mitwirkung ist zu verstehen das Zusammenwirken zur Erreichung eines bestimmten Zieles. Die Mitwirkung erfolgt zwar in der Regel unter Gleichberechtigung der Beteiligten; diese ist aber nicht notwendige Voraussetzung.

3. Mitbestimmung: Sie setzt das Recht zur selbständigen Entscheidung der Werktätigen im Betrieb voraus. Die Entscheidung des Unternehmers bedarf, um wirksam zu werden, der Billigung oder Zustimmung des Betriebsrates. Die Einstellung oder Entlassung von Arbeitskräften, die Veränderung des Produktionsapparates oder des Produktionsprogramms liegt in der kapitalistischen Wirtschaft, die kein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer will, in der selbständigen Entscheidungsgewalt des Unternehmers. Bei Anerkennung des Mitbestimmungsrechtes dürfte der Unternehmer aus alleinigem Beschluß nicht handeln, sondern müßte seine Entscheidung mit dem Betriebsrat abstimmen.

Die Anerkennung dieses Mitbestimmungsrechtes der Werktätigen als Naturrecht müßte zur Folge haben, daß sich alle katholischen Gläubigen für eine umfassende gesetzliche Regelung einsetzen. Zumindest in dem gleichen Maße, in dem sie für die gesetzliche Verankerung des Elternrechtes eintreten.

Die Praxis ist indessen anders. Bei der Beratung des Mitbestimmungsgesetzes im Bundestag in den Jahren 1950 und 1952 haben die katholischen Abgeordneten in der CDU mit ganz geringen Ausnahmen gegen die Mitbestimmung in der privaten Wirtschaft gestimmt.

DD261
.4
.79 #78

Kaffeesteuer viel zu hoch

Trotz der auf Grund einer sozialdemokratischen Initiative im Jahre 1953 gesenkten Kaffeesteuer ist das Volksgetränk Kaffee in der Bundesrepublik noch immer mit einem Steuersatz belastet, den man als Luxussteuer ansprechen kann. Mindestens die Hälfte der deutschen Bevölkerung wird dadurch zwangsweise im Kaffeeverbrauch eingeschränkt. Während sich der deutsche Kaffeeverbrauch vor dem Kriege auf 2,9 kg pro Kopf und Jahr belief, beträgt der Verbrauch heute nur 2,1 kg. In den USA und den nordischen Ländern hingegen liegt der Pro-Kopf-Verbrauch bei 5 kg und mehr im Jahr.

Der Bundesfinanzminister hat sich bislang einer Abschaffung der Kaffeesteuer mit einem Argument widersetzt, daß das einen Steuerausfall von 370 Mill. DM zur Folge haben würde. Diese Zahlenangabe dürfte weit überschätzt sein. Einmal kann bei einem Fortfall der Kaffeesteuer mit einem Mehrabsatz von 35 bis 40 Prozent gerechnet werden. Dadurch würde sich eine Mehreinnahme an Zoll und Umsatzausgleichssteuer von 80 Mill. DM ergeben. Es verbliebe also ein direkter Ausfall von höchstens 290 bis 300 Mill. DM.

Dieser Steuerausfall verringert sich aber nicht unerheblich durch andere indirekte Steuereinnahmen. Eine Zunahme des Kaffeeverbrauchs von 35 bis 40 Prozent würde nach sich ziehen:

a) eine monatliche Mehrfracht für die Seeschiffahrt von 50—60 000 Sack. Dadurch sind eine bessere Tonnageausnutzung und höhere Frachteinnahmen gewährleistet.

b) Mehreinnahmen bei den Banken durch höhere Akkreditivkosten, Devisenprovisionen usw. in einer Größenordnung von etwa 18 Mill. DM.

c) Höhere Einnahmen an Versicherungsprämien, die man gleichfalls auf 18 Mill. DM beziffern kann.

d) Mehrumschlag an den Hafenplätzen.

e) Aus jeder dieser Mehreinnahme würde der Fiskus eine höhere Einkommensteuer und außerdem auf jeder Stufe, vom Rösten bis zum Einzelhandelskaufmann, höhere Umsatzsteuern erzielen.

Wenn man alle diese Faktoren berücksichtigt, dann dürfte der wirkliche Steuerausfall bei einer Aufhebung der Kaffeesteuer tatsächlich nur etwa 220 Mill. DM betragen. Das aber ist im Hinblick auf die Kassen- und Haushaltslage des Bundes ein durchaus zu vertretender Steuerausfall.

X-DD261 # 79
.4
.Z9

„Die soziale Aufrüstung des Landes"

Es geht heute auf dem Lande vor allen Dingen darum, die Menschen in der Landwirtschaft und für die Landwirtschaft selbst zu erhalten. Wenn man aber der weit verbreiteten **Landflucht** entgegenwirken will, muß man dafür sorgen, daß die kulturellen Einrichtungen, die Vorteile und Verbesserungen der technischen Arbeitsmethoden nicht nur der Stadt, sondern auch dem Dorfe zugute kommen. Ferner müssen die alten Sitten und Gebräuche mehr gepflegt werden als bisher.

Die sozialdemokratische Partei hat sich dieser Verpflichtung nicht entzogen. Im Bundesland Hessen, wo sie seit dem Jahre 1945 in der Verantwortung steht, konnte sie das auch praktisch beweisen. Von der ersten Stunde an, wo ihr die Verantwortung übertragen wurde, hat sich die sozialdemokratische Fraktion im Hessischen Landtag mit den ernsten **Problemen der sozialen Aufrüstung** des Dorfes beschäftigt. Dies geschah in erster Linie durch den Bau von **Dorfgemeinschaftshäusern,** die in Hessen zu Stätten der Erholung, Kultur, Körperpflege und nicht zuletzt der Arbeitserleichterung für die Landfrau wurden.

Die hessischen Dorfgemeinschaftshäuser sind grundverschieden von den sogenannten „Kulturhäusern" in der DDR. Dort dienen sie nur der politischen Beeinflussung durch die SED, hier sollen sie der Landfrau ihre schwere Arbeit erleichtern helfen. Gemeinschaftsgefrieranlagen für die Hausschlachtung, moderne Waschküchen für die große Wäsche, Mostkeltereien und Bäder verkürzen der Bäuerin ihren Arbeitstag. Ihre Kinder spielen tagsüber in den modern eingerichteten **Kindergärten.** Einrichtungen der **öffentlichen Gesundheitspflege** stehen zur Verfügung, — man braucht dafür nicht mehr in die Stadt — und am Abend hält sich die Jugend in den Gemeinschaftsräumen auf oder liest Bücher in der umfangreichen **Dorfbücherei.**

Im Jahre 1952/53 beantragte die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Hessen, 1,5 Millionen DM zum Bau von Gemeinschaftshäusern zur Verfügung zu stellen. Beeindruckt von den Erfolgen und dem Widerhall, den das Aufbauwerk fand, bewilligte der Landtag zur Fortführung des Programms für das Rechnungsjahr 1953/54 einen weiteren Betrag in Höhe von 2,5 Millionen DM.

Davon wurden gebaut

im Jahre 1952 . . . 22 Dorfgemeinschaftshäuser
im Jahre 1953 . . . 43 Dorfgemeinschaftshäuser
im Jahre 1954 . . . 50 Dorfgemeinschaftshäuser.

In vielen hessischen Landgemeinden brauchen die Landfrauen dank sozialdemokratischer Initiative jetzt nicht mehr zu arbeiten wie zu Großmutters Zeiten. Die Jugend verbringt ihren Feierabend gemeinsam bei nützlicher Beschäftigung. In keinem Land der Bundesrepublik mit einer anderen Regierung ist das auch nur annähernd so der Fall.

Durch den Bau der Dorfgemeinschaftshäuser in Hessen ist das Dorf in seinen kulturellen und arbeitssparenden Einrichtungen den Verhältnissen in der Stadt ein großes Stück nähergerückt, und die Menschen werden sich auf dem Lande wohler fühlen.

X-00261 #80

Militärallianzen oder kollektive Sicherheit

Anfang Januar 1956 stellte der britische Experte für Militärstrategie und ehemalige Luftmarschall Sir John Slessor in einem Vortrag vor der Deutsch-Englischen Gesellschaft fest, daß die westdeutsche Aufrüstung die Wiedervereinigung Deutschlands mindestens für die nächsten vier bis fünf Jahre unmöglich mache. Damit hat der britische Marschall genau das bestätigt, was die Sozialdemokratie stets voraus gesagt hat. Allerdings ist Sir Slessor der Meinung, daß man nach der Aufstellung deutscher Streitkräfte die Sowjets zur Aufgabe der mitteldeutschen Zone werde zwingen können.

Wie das geschehen soll, hat er allerdings nicht offen ausgesprochen. Indirekt war eine Erklärung dafür darin gegeben, daß Sir Slessor „kleinere“ Kriegshandlungen ohne Verwendung von Wasserstoff- und Atombomben für durchaus möglich hält. Sir Slessor ist sich darüber klar, daß die Anwendung atomarer Waffen durch die eine oder andere Seite den 3. Weltkrieg auslösen würde.

Der britische Militärexperte hat damit die tödliche Gefahr offenbart, in die das deutsche Volk durch die Politik der einseitigen Militärallianzen, wie sie im Westen die NATO und im Osten der Ostblock darstellen, geführt wird.

Dieser Politik einseitiger Militärallianzen stellt die Sozialdemokratie ihre Forderung nach einem System kollektiver Sicherheit entgegen. Das bedeutet keinesfalls eine Neutralisierung und in der Folge eine Isolierung Deutschlands, was die Gegner der SPD in der Bundesrepublik immer wieder unterschieben wollen. Vielmehr wäre ein Deutschland, das gleichberechtigt und mitverpflichtetes Glied eines Systems der kollektiven Sicherheit ist, kein Deutschland ohne Verbündete, sondern ein mit allen Partnern des kollektiven Systems verbündetes Deutschland.

Die Notwendigkeit eines kollektiven Sicherheitssystems ist auch von Außenminister Dr. von Brentano anerkannt worden. Allerdings in einer Rede während des Aufenthaltes der deutschen Delegation in Moskau. In der 2. Arbeitssitzung der Moskauer Konferenz am 10. September 1955 sagte von Brentano, an Bulganin gewandt, er sei mit ihm der übereinstimmenden Ansicht, „daß es keine echte und beständige Ordnung gibt, wenn sie nicht durch ein umfassendes kollektives Sicherheitssystem gesichert ist.“ Das bedeutet nichts anderes, als daß von der deutschen Delegation in Moskau vor den Führern der Sowjetunion „die Politik der Stärke“ verleugnet wurde.

Die sehr mißtrauischen Kommentare der Westmächte gleich nach der Moskauerreise des Bundeskanzlers haben jedoch genügt, Dr. Adenauer wieder auf die alte Linie zu bringen. Das äußerte sich übrigens auch darin, daß aus den der Bundesregierung nahestehenden Kreise immer wieder Verdächtigungen ausgestreut werden, die SPD wolle ein neutralisiertes Deutschland. (Siehe auch „Blockpolitik oder kollektive Sicherheit“ und „Neutralität, Bündnislosigkeit, kollektive Sicherheit“ unter „Sicherheit“ in 2/55 und 5/55.)

X-DD261 #81
.4
.Z9

SOPADE - Rednerdienst

R
Renten

Die SPD für die Rentner und Kriegsbeschädigten

Nahezu alle von beiden Bundestagen verabschiedeten Gesetze über soziale Leistungsverbesserungen sind auf Initiative der SPD beschlossen worden:

1. Das Rentenzulagegesetz vom 10. August 1951, dem Anträge der sozialdemokratischen Fraktion vom 29. Juli 1950, 13. Februar 1951 und 26. April 1951 vorangingen. Allerdings entsprach die Höhe der beschlossenen Zulage nicht den Forderungen der SPD.
2. Das Unfallversicherungszulagegesetz vom 29. April 1952 auf Grund des sozialdemokratischen Antrages vom 27. September 1951.
3. Das Gesetz über verminderte Rentenanrechnung (§§ 1274 ff der Reichsversicherungsordnung — RVO) vom 13. August 1952 auf Grund des Antrages der SPD vom 16. Oktober 1951.
4. Das von der SPD eingebrachte und am 18. Juli 1952 vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Änderung der §§ 1274 ff der RVO, demzufolge bei Doppelrenten die zweite Rente nicht mehr zu 50 %, sondern nur noch zu 25 % ruhen soll.
5. Das Grundbetragserhöhungsgesetz vom 17. April 1953 auf Grund eines Antrages der SPD vom 22. Oktober 1952. Die SPD hatte ursprünglich eine Erhöhung der Rente bei Invaliden und Alten um 15 DM, bei Witwen um 12 DM und bei Waisen um 6 DM gefordert. Als diese Forderung nicht durchgesetzt werden konnte, schlug sie als Kompromiß 10, 8 bzw. 4 DM vor. Die Regierungskoalition hingegen hat eine Rentenerhöhung von nur 5, 4 bzw. 2 DM bewilligt.
6. Das Gesetz über die Umstellung von Knappschaftsrenten auf das neue Recht vom 18. Juli 1953 auf Grund des Gesetzentwurfs der SPD vom 10. Dezember 1952. Doch auch hier hat die Regierungskoalition Verbesserungen der SPD abgelehnt.
7. Die Änderungsgesetze zum Sozialversicherungsanpassungsgesetz und Knappschaftsversicherungsanpassungsgesetz vom 4. August 1953 auf Grund des Gesetzentwurfes der SPD vom 10. Dezember 1952.
8. Das Rentenmehrbetragsgesetz vom 23. November 1954 auf Grund der Gesetzesinitiative der SPD vom 1. September 1954. Entgegen der Forderung der SPD wurden aber die Waisen ausgenommen.
9. Das Änderungsgesetz zum Sozialversicherungsanpassungsgesetz betreffend Gewährung von Witwenrenten an Arbeiterwitwen vom 3. Oktober 1955 auf Grund der SPD-Anträge vom 13. Februar 1952 und 9. März 1955.
10. Das Rentensonderzulagegesetz vom 2. Dezember 1955 auf Grund des Gesetzentwurfs der SPD vom 21. September 1955.

Zwar wurden diese Gesetze meistens nicht mit dem von der SPD vorgeschlagenen Inhalt beschlossen, aber stets gab die sozialdemokratische Initiative den entscheidenden Anstoß.

Ebenso war die SPD bei der Schaffung des Bundesversorgungsgesetzes, des Schwerbeschädigtengesetzes, des Heimkehrergesetzes wie des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes der drängende Teil des Parlaments.

Ohne die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wäre insbesondere das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz nie zustande gekommen. I/56

X-DD261 #82
.4
.Z9

Bundesregierung hält Notopfer Berlin zurück

Der Berliner Haushaltsplan für 1956/57 sieht Ausgaben in Höhe von 2711 Mill. DM vor. Das sind 492 Millionen mehr als im Haushalt 1955/56. Davon sind allein 347 Millionen für den langfristigen Wiederaufbauplan vorgesehen. Berlin will endlich damit beginnen, die Projekte eines langfristigen Planes zu verwirklichen und Berlin als Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands aufzubauen.

Diese Planungen Berlins sind durch sichtbar werdende wirtschaftliche Gesundung der Stadt durchaus berechtigt:

1. In den letzten fünf Jahren sind etwa 250 000 neue Arbeitsplätze in Berlin geschaffen worden;
2. die industrielle Produktion hat den Stand von 1936 bereits überschritten (1949 nur 17 Prozent von 1936);
3. das Berliner Sozialprodukt war Ende 1955 fast doppelt so hoch wie 1950.

Der Erhöhung des Berliner Etats will aber Bundesfinanzminister Schäffer durch Drosselung der Zuwendungen für Berlin entgegentreten. (Daß der Bundesetat um über 2 Milliarden gestiegen ist, stört ihn nicht.) Zur Dekkung des Defizits von 1300 Millionen DM im Berliner Haushalt will Schäffer aus dem Aufkommen des Notopfers Berlin nur 800 Millionen zur Verfügung stellen. Das Aufkommen des Notopfers aber ist im Bundeshaushalt mit 1275 Millionen veranschlagt. Es wird diese Summe aber beträchtlich übersteigen und schätzungsweise 1,4 Milliarden erreichen. Schäffer will also die von der Bevölkerung für die Berliner Hilfe aufgebrachten Mittel fast zur Hälfte für andere Zwecke zurückbehalten. Das ist übrigens in den letzten Jahren schon immer geschehen. Die nachstehende Gegenüberstellung des Aufkommens aus dem Notopfer Berlin und der Höhe der vom Bund tatsächlich gewährten Finanzhilfe zeigt dies deutlich.

Jahr	Aufkommen Notopfer Berlin	Finanzhilfe Berlin	Im Bund zurückbehaltenes Notopfer
		in Millionen DM	
1950	383,6	387,4	—3,8
1951	645,8	550,0	95,8
1952	814,2	662,0	152,2
1953	1004,0	682,2	322,2
1954	1128,0	832,9	295,1
1955	1275,0	800,0	475,0
1956	1275,0	800,0	475,0

Nur im ersten Jahr der Einführung des Notopfers Berlin kam also die aufgebrachte Summe Berlin in vollem Umfange zugute. Seitdem ist der vom Bund zurückbehaltene Betrag ständig gestiegen. Berlin aber ist der Prüfstein für den guten Willen zur Wiedervereinigung. An der Einstellung der Bundesregierung zu den Erfordernissen Berlins zeigt es sich, ob sie es ernst meint mit dem Ausbau Berlins zur Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands oder nicht.

I/56

EXCHANGE
Library of Congress
Gift and Exchange Division
Washington 25, D.C.

2 - MAY - 7
Copy-----1956

#83

SPD fordert eine Milliarde für den sozialen Wohnungsbau

Trotz der Wohnungsbauleistungen der letzten Jahre fehlen in der westdeutschen Bundesrepublik noch immer 3 Mill. Wohnungen, und zwar 2 Mill. für Familienhaushalte und 1 Mill. für Einzelwohnungen. Allein im Lande Nordrhein-Westfalen fehlten Ende 1955 noch Wohnungen für 800 000 Familien. Die Hälfte dieser Familien sind noch immer menschenunwürdig in Baracken, Bunkern und Kellern untergebracht. Daß es sich hierbei überwiegend um die wirtschaftlich schwachen Kreise handelt, liegt auf der Hand.

Es ist unbestreitbar, daß seit der Verabschiedung des Wohnungsbaugesetzes im Jahre 1950 der mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnungsbau zum großen Teil Schichten zugute gekommen ist, für die er nicht gedacht war.

Das hat selbst das im Dienste der Wirtschaftskreise stehende „Handelsblatt" mit der nachstehenden Feststellung offen zugegeben:

> „Der soziale Wohnungsbau ist im wesentlichen dem neuen Mittelstand zugute gekommen, jenen Kreisen nämlich, die allenfalls förderungswürdig sind, aber keineswegs mehr zu den Bedürftigen gehören."

Trotz dieser Erkenntnis läßt die beabsichtigte Neuregelung der Wohnungsbaugesetzgebung eine weitere Verschärfung dieses Fehlkurses befürchten. Nur unter stärkstem Druck scheint der Bundesfinanzminister bereit zu sein, mehr als die bisherigen 500 Millionen DM an allgemeinen Wohnungsbaumitteln zur Verfügung zu stellen.

Für das Jahr 1955 liegen die Endziffern der Bauleitung noch nicht vor, doch war im ersten Halbjahr 1955 die Zahl der mit öffentlichen Mitteln geförderten 135 600 Wohnungen um 12 v. H. niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei ging der soziale Wohnungsbau schon 1954 gegenüber 1953 um 15,7 v. H. zurück (hierzu siehe „Wohnungsbau" in V/55).

Um einem weiteren Rückgang des sozialen Wohnungsbaues entgegenzuwirken, hat die sozialdemokratische Fraktion im Bundestag bei der Anfang Februar 1956 begonnenen dritten Beratung des zweiten Wohnungsbaugesetzes beantragt, die Mittel für den sozialen Wohnungbau auf eine Milliarde DM zu erhöhen. Die Regierung hingegen will äußerstenfalls 700 Mill. DM zur Verfügung stellen. Die von der SPD geforderte Erhöhung ist allein schon dadurch begründet, daß die Baukosten in den letzten Jahren um 40 v. H. gestiegen sind.

Des weiteren forderte die SPD, daß die Richtsatzmieten im sozialen Wohnungsbau in den bisherigen Grenzen von 0,90 bis 1,43 DM erhalten bleiben. Betragen doch die monatlichen Einkünfte bei 86 v. H. aller heute noch Wohnungssuchenden unter 400 DM, von denen 60 v. H. gar nur über 300 DM verfügen. Die SPD fordert außerdem, daß 75 v. H. der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau Personen zugute kommen sollen, die über ein monatliches Einkommen bis zu 500 DM verfügen.

Allen diesen Bemühungen der SPD hat die Koalition bisher Widerstand entgegengesetzt.

I/56

X-DD261
.4
.Z9

#84

SOPADE - Rednerdienst

K

Kindergeldgesetz

Die CDU/CSU entscheidet gegen die kleinen Landwirte

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion stellte bei der Beratung des Kindergeldgesetzes am 15. Januar 1956 im Bundestag den Antrag, die kleinen landwirtschaftlichen Betriebsinhaber, die ein Jahreseinkommen unter 4800 DM haben, von den Beitragszahlungen für das Kindergeld zu befreien. Diese Forderung findet ihre Rechtfertigung darin, daß die Angehörigen anderer Berufsgruppen mit gleich niedrigen Einkommen schon lange von den Beitragsleistungen befreit sind. Eine Ausnahmebehandlung der kleinen landwirtschaftlichen Einkommensbezieher gegenüber den anderen gleichgestellten Gewerbetreibenden betrachtet die Sozialdemokratie als untragbar.

Alle im Bundestag vertretenen Parteien — außer der CDU/CSU — waren von den sozialdemokratischen Vorstellungen beeindruckt und stimmten für den Antrag. Die CDU/CSU jedoch war dagegen. Es ist kaum glaublich: auch die vielen sogenannten Bauernführer, die CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete sind, wie Bauknecht, Struve, Glüsing, Horlacher, Menke und wie sie alle heißen, stimmten gegen den Antrag. Da die CDU/CSU im Bundestag die absolute Mehrheit hat, wurde der Antrag der SPD abgelehnt.

Durch das Verhalten der CDU/CSU gingen der kleinen Landwirtschaft wieder mehr als 20 Millionen DM verloren.

Die CDU begründet ihre Haltung damit, daß die Bauern ja auch die meisten Kinder hätten und die Industrie deshalb an und für sich schon 100 Millionen DM an Kindergeld für die Landwirtschaft aufbringen müsse. Diesen Einwand läßt die SDP nicht gelten. Werden doch die nachgeborenen Söhne und Töchter der Bauern später in die Industrie abwandern. Die Industrie bringt also mit ihren Kindergeldzahlungen kein Opfer, sondern sie investiert sogar Kapital.

Ganz sicher war sich die Fraktionsführung der CDU/CSU ihrer bäuerlichen Fraktionsmitglieder aber nicht. Sie erzwang deshalb namentliche Abstimmung. Trotzdem fiel die Entscheidung ganz knapp aus. 197 gegen 192 Stimmen. Hätten nur drei der Bauern in der CDU/CSU-Fraktion ihre bäuerlichen vor ihre Parteiinteressen gestellt, dann brauchten die kleinen Bauern kein Kindergeld mehr zahlen.

Wie ungerecht die Beitragserhebungen für das Kindergeld sein können, zeigt das Beispiel aus einem Dorf in Franken. Dort gibt es acht kleine Betriebe mit 125 Tagwerk. Zufällig hat jeder der acht Kleinbauern nicht mehr als zwei Kinder, so daß sie nicht kindergeldberechtigt sind. Ein Großbauer aber hat fünf Kinder. In diesem Dorf müssen nun praktisch die acht Kleinen das Kindergeld für den einen Großen aufbringen.

I/56

X-DD261
.4
.79

From: Publications Procurement Office, Berlin

Library of Congress
Gift and Exchange Division
Washington 25, D.C.

LC 4-P

Es darf keinen dritten Weltkrieg geben!

#85

15 000 Tote und 50 000 Obdachlose in Port Said, Tausende von Toten und Verwundeten in Ungarn, das sind die Ergebnisse der Ereignisse der vergangenen Wochen in Ägypten und Ungarn.

Haarscharf ist die Menschheit an einem dritten Weltkrieg vorbeigekommen.

2 - APR - 3 1957

Westberlin stellte Kerzen in die Fenster für Ungarn, warum aber nicht für Ägypten, warum auch nicht für Zypern, für Algier?

In Ägypten sollte Geschichte gemacht werden im Interesse des Geldes und der Rohstoffe, ohne Rücksicht auf das Leben der Menschen, mit Panzern, Bomben und Granaten. Es ging beim Überfall auf Ägypten um die Gewinne aus Öl- und Schiffstransporten, um die Dividenden der Suez-Kanal-Gesellschaft. Dafür wurden Kairo und Port Said zerbombt, Hunderttausende obdachlos gemacht, Zehntausende getötet, Not und Elend über ein um seine Unabhängigkeit kämpfendes Volk gebracht.

Weshalb wurde dieser brutale Krieg von seiten Englands und Frankreichs in der Westberliner Presse nur am Rande behandelt, weshalb behandelten vier Seiten Ungarn und eine nur Ägypten? Weil Westberlin zur NATO gehört, weil sich die Regierenden von Westberlin als Verbündete mit England und Frankreich betrachten.

England und Frankreich haben sich durch keine UNO von der Fortsetzung des Mordens und Zerstörens abhalten lassen, durch keine Proteste der amerikanischen Diplomaten, durch keine Demonstration ihrer eigenen Opposition. Erst die machtvolle Stimme der friedliebenden Menschen in der ganzen Welt und die massive Mahnung der Sowjetunion, Gewalt gegen Gewalt zu setzen, beendete das Blutvergießen in Ägypten.

Die Wahrheit ist:

Die Sowjetunion verhinderte den dritten Weltkrieg, der von Ägypten seinen Anfang nehmen konnte.

Und **was geschah in Ungarn wirklich?** Das ungarische Volk demonstrierte Mitte Oktober für die Beseitigung der Fehler der Vergangenheit, für die Verbesserung seiner Demokratie und für die Verbesserung seines Lebens. Das war eine echte und berechtigte Volksbewegung.

261
.4
.Z9

From: Publications Procurement
Office, Berlin

LC
#86

Library of Congress
Gift and Exchange Division
Washington 25, D.C.

39

2 - APR-3
Copy 1957



X-DD261
.4
.Z9

BERLINER *Appell*

Library of Congress
Gift and Exchange Division
Washington 25, D.C.

LC

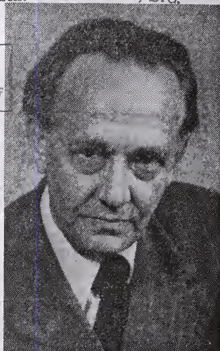
From: Publications Procurement Office, Berlin

50

2 - APR - 3
Copy ___ 1957

#87

Als Augenzeuge in Ägypten



Der Schriftsteller Maximilian Scheer vom Präsidium des Deutschen Friedensrates ist gegenwärtig in Ägypten Zeuge der Aggression gegen das ägyptische Volk. Er übermittelte uns über Funk folgende Berichte:

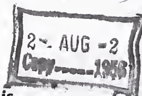
X-DD261
.4
.Z9

KAIRO, NOVEMBER 1956:

AGGRESSION

In den sechs Wochen meines Aufenthaltes in Ägypten habe ich viel von diesem Lande gesehen und mit vielen Menschen gesprochen. Ich bereiste das fruchtbare Nildelta, sah die Fellachen bei ihrer harten Arbeit, sprach mit ihnen und traf auf manchen früher landlosen Kleinbauern, der durch die Landreform ein Stück eigenen Boden erhielt. Ich besuchte die Befreiungsprovinz, wo der Wüste fruchtbares Land abgerungen wird, wo schon Obst- und Gemüseplantagen durch kunstvolle Bewässerungsanlagen entstanden sind, wo schon modernste Fabriken am Rande der Wüste arbeiten, fast

X DD261
.4
.Z9
#88



Bundesverzeichnis

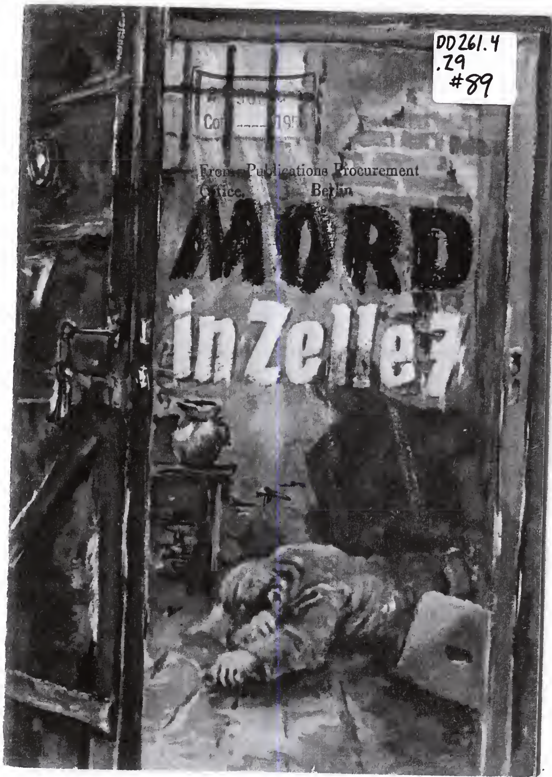
der von den zuständigen Landesbehörden anerkannten

Schwerbeschädigtenbetriebe

im Sinne des § 9 Abs. 4 des Schwerbeschädigtengesetzes)*

Stand am 1. 1. 1956

*) Anmerkung: Blindenwerkstätten und Zusammenschlüsse von Blindenwerkstätten, die nach § 4 Abs. 3 des Blindenwarengesetzes anerkannt sind, sind durch * gekennzeichnet



DD261.4
.Z9
#89
From Publications Procurement
Office, Berlin

AUSSCHREIBUNGEN

II. DEUTSCHES TURN- UND SPORTFEST

LC
X-DD261.4
.29
#90

Grafis

2 - FEB 14
Copy ---- 1956

LEIPZIG

2.-5. AUGUST 1956

DEC 18
COPY : [illegible]

X DD261
.4
.Z9
#91

Verteidigt die KVAB!




Pamphlet
FDGB - Gross-Berlin
From: Publications Procurement
Office, Berlin
Gratis
X-DD261
.4
.Z9
1. Mai
#92
EINHEIT
Sozialer Fortschritt
Frieden
2 - AUG - 2
DEM MORGENROT ENTGEGEN

From: Publications Procurement
Office, Berlin

LC
#93

22 FUSSBALLSPIELER



X-DD261
.4
.Z9

und 25000 TURNER UND SPORTLER

From: Publications Procurement Office, Berlin
2 - AUG - 2 1956
LC
(3)
#94



Leipzig

erwartet im

AUGUST 1956

auch Sie!

X-DD261 .4 .Z9

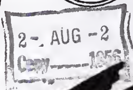
From: Publications Procurement
Office, Berlin

LC

#95







X-DD261
.4
.Z9

Berliner

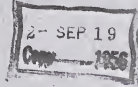
LEIPZIG RUFT

DD261.4
.Z9
#96

... und die Ratten pfeifen

From: Publications Procurement
Office, Berlin

X-DD261 LC 9-1E
.4 (5)
.Z9 #97



Fahrpreiserhöhung

Der Senat
ist schuld daran

daß Mieten, Fahrgeld, Preise
steigen

Die Lasten trägt der kleine Mann –
den Vorteil haben nur die Reichen!

sich nach
rieden sehnt,
lter Krieg«
ikt abgelehnt.
dienst will die
Jugend nicht -
ndigung
rste Pflicht!

36, 14.00 Uhr,
PLATZ!

Westberlin!

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Schöneberg.

DD261
.4
.Z9
#98

Dem Leben entgegen

Eine Auswahl von Büchern für die Jugendstunden

zur Vorbereitung auf die

JUGENDWEIHE

2 - FEB - 6
Copy-----1956

BEARBEITET VON DER BEZIRKSBIBLIOTHEK DRESDEN

HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALINSTITUT FÜR BIBLIOTHEKSWESEN


.4
.Z9
DGB
Was ist der Ausweg?

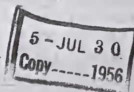
X DD261
.4
#100

DAS KOMMUNISTISCHE WELTBILD UND DIE VERANTWORTUNG DES FREIEN MENSCHEN

Vortrag von Friedrich Salzmann,
gehalten am Radio Bern am 21. November 1956

X-DD261.4.Z9 LC
#101

Zentraler Ausschuß für Jugendweihe
in der Deutschen Demokratischen Republik



Material Nr. 2

Zur Diskussion um die Jugendweihe

1. Frage: Warum Jugendweihe?

a) Die Jugendweihe ist eine feierliche Veranstaltung zur Vorbereitung der Jugendlichen für den Übergang von der Grundschule in das Leben der Erwachsenen.

Sie soll den entscheidenden Schritt, den der junge Mensch in diesem Zeitpunkt geht, zu einem unvergeßlichen Erlebnis gestalten.

Sie soll ihm durch ihre vorbereitenden Maßnahmen zusätzliche Kenntnisse vermitteln, die er als bewußter Staatsbürger im Interesse der Allgemeinheit und in seinem eigenen Interesse für seinen Lebensweg benötigt.

Sie ist eine öffentliche Veranstaltung, in der die feierliche Aufnahme in das aktive gesellschaftliche Leben vollzogen wird. Sie ist nicht nur ein Festtag im Leben der Familie, sie reicht weit über diesen Kreis hinaus und wird zu einem Festtag breitester Schichten unserer neuen demokratischen und friedliebenden Gemeinschaft, zu einem allgemeinen gesellschaftlichen Erlebnis.

Die demokratischen Kräfte nehmen den jungen Menschen in ihre Reihen auf, helfen, schützen und entwickeln ihn weiter; der Jugendliche gelobt, seine ganzen Kräfte dem Fortschritt und der Entwicklung seines Volkes zu widmen.

b) Die Jugendweihe entspricht einem tiefen menschlichen Bedürfnis. Als der Zentrale Aufruf erschien, wurde er sofort von Tausenden von Eltern auf das lebhafteste begrüßt, weil sie schon seit langem fühlten, daß es eine Lücke bedeutet, wenn zwischen Schule und gesellschaftlichem Leben keine erlebnisstarke Hervorhebung dieses Zeitpunktes geschaffen würde. Es besteht vor allem das Bedürfnis, in diesem Zeitpunkt dem Jugendlichen das künftige Leben in Beruf und Arbeit im Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zu zeigen.

c) Wir haben „Jugendweihe" gewählt, weil sie sich vielen älteren Menschen schon eingeprägt hatte. Das Wort „Weihe" wurde gewählt, weil mit ihm schon seit jeher der Sinn des Feierlichen, Erhabenen, Ernsten und Bedeutungsvollen ausgedrückt wurde.

d) Es hat schon immer zu früheren Zeiten und bei verschiedenen Völkern Feiern gegeben, die den Zeitpunkt des Übergangs aus dem Kindheitsalter in das Erwachsenenalter besonders hervorhoben. Die völkerkundliche

x-DD261.4.Z9
5-JUL 30
Copy 1956
LC
#102



Was bringen uns die kommenden Monate?

Diese Frage stellen sich die meisten Kollegen von uns.

Zumal uns das Jahr 1954 nicht das gebracht hat, was wir uns alle gewünscht haben: Endlich wieder in einem einheitlichen, friedliebenden Berlin, ja Deutschland leben zu können. In einem Deutschland, wo uns der Arbeitsplatz gesichert ist und jeder menschenwürdig leben kann. Das ist aber nur möglich, wenn uns der Frieden erhalten bleibt, wenn wir Deutsche aus West und Ost zueinander finden und die Wiedervereinigung durch Verhandlungen herbeigeführt wird.

Dies aber wollen die deutschen Rüstungsmillionäre nicht, die wieder, wie einst Hitler, nach der Weltherrschaft streben. Adenauer, selbst einer von der Gattung, will mit den alten Nazigenerälen Manteuffel, Kesselring, Heusinger u. a. „die Ostzone befreien". Das bedeutet: Bruderkrieg!

Er und seinesgleichen haben kein Interesse an einer friedlichen Entwicklung. Sie wollen verdienen, noch mehr aus unseren Knochen herausholen, um damit noch höhere Dividenden herauszuschinden.

Wir Werktätige aber wollen ein Leben in Frieden und kollektiver Sicherheit führen, so wie es von der Regierung der Sowjetunion schon mehrere Male vorgeschlagen wurde. Wir wollen keine Maschinen bei Werner bauen, die dazu dienen, Mordwaffen herzustellen. Unsere Maschinen sollen für die Friedenswirtschaft eingesetzt werden. Unsere Arbeit, die in der ganzen Welt geschätzt wird, soll nicht das Leben der anderen Völker bedrohen, sondern in friedlichem Handelsaustausch die Völker einander näher bringen.

Aber gerade das will Adenauer mit der Ratifizierung der Pariser Verträge verhindern.

Unsere Delegierten auf dem III. Bundeskongreß haben sich einmütig gegen die Wiederaufrüstung, gegen eine neue Wehrmacht ausgesprochen.

From: Publications Procurement
Office, Berlin

Free Copy

LG (E+G)

,4Y2D261
.4
.29

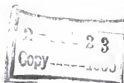
#103

BERLINER BANK

AKTIENGESELLSCHAFT



Foreign Trade Bank



CAPITAL 20,000,000 DEUTSCHE MARKS · RESERVES 8,000,000 DEUTSCHE MARKS

Western Germany's External Trade in the Year 1955

APRIL 1956

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, HARDENBERGSTRASSE 32

TELEPHONE: 32 51 51 · CABLE: BANKKREDIT BERLIN · TELEX: 018 3441

3. JAHRGANG NUMMER 7 JULI 1956

VERLAGSAUSLIEFERUNGEN • BARSORTIMENT • EXPORT • IMPORT • INTERZONENHANDEL
KAWE
INFORMATIONEN
FACHBLATT FÜR DEN BUCHHANDEL

Die Texte der Anzeigen werden von den Auftraggebern gestaltet.

KAWE Kommissionsbuchhandlung GmbH. · Berlin-Charlottenburg 2 · (West-Berlin) · Telefon 325141 · Telegramme „Kawebuch"

THE LIBRARY OF CONGRESS SERIAL RECORD
AUG 21 1956
COPY

DER ACKERMANN UND DER TOD
Übersetzt und mit einem Nachwort herausgegeben
von Hans Franck
Bibliophiler Band mit mehrfarbigem grafischem Schmuck · 104 Seiten · Halblederband mit Schutzumschlag
DM 20.—

---

*DAS KIRCHENJAHR IN WORT UND BILD
Ein Perikopenbuch
aus alten Handschriften zusammengestellt
von Edith Rothe
etwa 160 Seiten mit 65 teils farbigen Tafeln
Ganzleinenband mit Schutzumschlag
etwa DM 13,50

MENSCH IM GEBET
Zwiesprache mit Gott in zwei Jahrtausenden
Herausgegeben von Hans Krey
144 Seiten mit 54 Bildtafeln vom Antlitz Christi
Ganzleinenband mit Silberprägung und Schutzumschlag
DM 12,—

Hans Feldbusch
*GEMALTE FENSTER
Tafelband mit zahlreichen, teils mehrfarbigen Abbildungen
etwa 224 Seiten, Ganzleinenband mit Schutzumschlag
etwa DM 25,—

DIE STADTKIRCHE ST. PETER UND PAUL IN WEIMAR
Herausgegeben von Eva Schmidt
204 Seiten mit 68 Abbildungen und Tafeln
Halbleinenband mit Schutzumschlag
DM 16,50

Erna Hofmann
*CAPELLA SANCTAE CRUCIS
Der Dresdner Kreuzchor in Geschichte und Gegenwart
etwa 240 Seiten mit 58 Abbildungen
Ganzleinenband mit Schutzumschlag
etwa DM 12,—

Hans Franck
GEDICHTE
224 Seiten · Ganzleinenband mit Goldprägung
Zweifarbendruck
Schutzumschlag mit einer Federzeichnung von Otto Dix
DM 6,50

*FRIEDE AUF ERDEN
Ein Weihnachtsbuch
Herausgegeben von Hans Krey
mit eingeklebten, teils fünffarbigen Bildern
61.—70. Tausend
196 Seiten · Ganzleinenband mit farbigem Schutzumschlag
DM 8,—

Hans Franck
LUX UND LUKAS
Die Geschichte von einem zweibeinigen
und einem vierbeinigen Füllen
Mit Federzeichnungen von Kurt Eichler
152 Seiten · Ganzleinenband mit Schutzumschlag
DM 8,—

DAS CHRISTLICHE DENKMAL
Ein Sammelwerk in Einzelheften über kirchliche Baukunst in Deutschland
Herausgegeben von Fritz Löffler
Jedes Heft 32 Seiten Kunstdruckpapier mit vielen Abbildungen und farbigem Schutzumschlag
DM 1,50 · Doppelheft DM 2,50

X-DD261 .4 .Z9

* *In Vorbereitung*



UNION VERLAG, BERLIN W8, ZIMMERSTRASSE 79/80

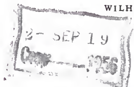
From: Publications Procurement
Office, Berlin

LC
#105

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

ZENTRALKOMITEE

ZENTRALHAUS DER EINHEIT / BERLIN N 54
WILHELM-PIECK-STRASSE 1 / RUF 42 00 56



Berlin, am 5. Juli 1956

An das
Präsidium des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

An die
Delegierten des Münchener Parteitages!

An den
Vorsitzenden des Parteivorstandes der SPD, Genossen Erich Ollenhauer!

.4
.Z9

Genossinnen und Genossen!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands entbietet Euch aus Anlaß Eures Parteitages brüderliche sozialistische Grüße. Mögen die Beschlüsse dieses Parteitages und Euer politisches Wirken dazu beitragen, daß Unsicherheit und Kriegsgefahr für immer aus Europa verbannt werden, daß unserem Volke dauernder Frieden beschieden ist, daß wir gemeinsam ein geeintes Deutschland der Freiheit des Volkes und des sozialen Fortschritts errichten.

Über Eurem Parteitag steht das bedeutungsvolle und verpflichtende Wort: „An der Wende der deutschen Politik."

Ja, es ist die Zeit der Wende. Eine neue Epoche bricht sich Bahn. Die vom kapitalistischen Joch befreiten Völker sind heute eine unüberwindliche und zukunftsbestimmende Macht von Weltbedeutung, die frohe Hoffnung aller schaffenden Menschen. Die Weltmacht des Sozialismus verkündet der Menschheit die Erlösung vom Alpdruck und von den Schrecken der imperialistischen Kriege.

Dank des Sieges des Sozialismus in der Sowjetunion und der Bildung des Systems der sozialistischen Staaten sowie der Stärke der Weltfriedensbewegung triumphieren heute die großen Ideen des friedlichen Zusammenlebens der Völker, die Ideen der Verständigung, der Entspannung und der Abrüstung über den Ungeist des kalten Krieges.

Unser Volk ist mitten hineingestellt in diesen Prozeß umwälzender geschichtlicher Veränderungen. In unseren Händen, in den Händen der deutschen Arbeiterklasse, liegt die Entscheidung, ob die Völker Europas zur Ruhe kommen und befreit werden von der Angst vor einem neuen Krieg, ob sie gemeinsam an den Aufbau eines sinnvolleren, glücklichen Lebens gehen können.

Die großen Ideen und Entscheidungen des XX. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, deren Bedeutung Ihr Euch nicht verschließt, haben ihre Auswirkung auch auf Deutschland. Sie befruchten die Arbeiterbewegung aller Richtungen, machen alte Streitigkeiten nichtig, reißen Barrieren nieder, öffnen Wege zueinander. Wir sind daher der Auffassung, daß es auch für die Verständigung unserer Parteien keine unüberwindlichen Hindernisse gibt.

Genossinnen und Genossen!

Den Frieden zu erhalten ist uns allen höchstes Gebot. Die Wiedervereinigung Deutschlands als Heimstatt friedlichen Schaffens ist uns Herzenssache.

Daher tun wir alles, was in unserer Kraft steht, um ein Wettrüsten in Deutschland und einen Bruderkrieg zu verhindern, um Deutschland als Staat

From: Publications Procurement
Office, Berlin

/

Siemens-Lautsprecher-Sondernummer

LC
2 SEP 19
1956
#106
.4
.29

Betriebszeitung der SED für die Kollegen von Siemens

Der Wiedervereinigung Deutschlands wird nichts im Wege stehen, wenn

Wehrpflicht, Agentenorganisationen und die Adenauer-Politik zu Grabe getragen werden.

Notwendig sind Verhandlungen und Verständigung mit der DDR.



Betrifft uns nicht .... !

Westberlin ist von der Wehrpflicht ausgenommen!

Dies bekam ich von DeTeWe-Kollegen K. zu hören, als wir uns über die Annahme des Wehrgesetzes im Bundestag unterhielten!

Kollege K. ist der Meinung, dass das Wehrgesetz nicht durchgeführt werden darf, dass es die größte Schande nach dem März 1936 ist, als Hitler die allgemeine Wehrpflicht einführte.
Die Folgen der allgemeinen Wehrpflicht von damals hat Kollege K. selbst zu spüren bekommen.

Es ist aber ganz falsch, wenn jetzt Kollege K. sagt: "Die Wehrpflicht wird ja nur für Westdeutschland eingeführt. Für Westberlin trifft das nicht zu."

W a r u m i s t d a s f a l s c h ?

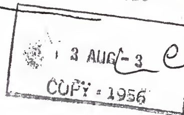
Haben wir nicht bei allen Bonner Maßnahmen gehört:
Das betrifft uns nicht?

Kurze Zeit danach aber mussten wir böse Überraschungen erleben. Das Betriebsverfassungsgesetz wurde erst in Westdeutschland durchgepeitscht, dann nach Westberlin übertragen, um auch hier den Versuch zu starten, die Arbeiter zu entrechten.

Damit errichtete man eine Vorstufe zur Aufrüstung und Wehrpflicht.

From: Publications Procurement Office, Berlin
Gratis
X-DD261 .4 .29

Askania-Scheinwerfer



Betriebszeitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Schöneberg-Friedenau

Die Frauen bei Askania sind kampfbereit.

In den verschiedenen Abteilungen unseres Betriebes sind die Frauen unzufrieden über die Einstufungen in zu niedrigere Lohngruppen.
So verlangen die Frauen der Abteilung Fräserei, Dreherei u.a. mit recht, daß sie aufgrund ihrer geleisteten Arbeit von Lohngruppe 3 in Lohngruppe 4 eingestuft werden. Man verlangt von den Frauen, daß sie Arbeiten [illegible] qualifizierteren Kollegen der Lohngruppe 5 machen, will sie aber weiterhin nur mit Lohngruppe 3 abspeisen. Selbstverständlich wollen sich dies die Frauen nicht gefallen lassen, und sie verlangen mit recht, wie schon gesagt, eine höhere Bezahlung.
Jede Frau weiß, daß gerade s i e, aufgrund der ungerechten Entlohnung, sowieso weniger Lohn erhält als der Mann, daß das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit verwirklicht würde.

Allein 330.000 Frauen müssen in Westberlin oft unter den unwürdigsten Verhältnissen, bei ständiger Steigerung der Arbeitsintensität, [illegible] Arbeitskraft dem Unternehmer zur Verfügung stellen.

Es ist deshalb notwendig, daß die Frauen unseres Betriebes sich nicht von den Drohungen der Konzernleitung und gewisser Vorgesetzter einschüchtern lassen sondern verlangen, daß ihre Forderung anerkannt wird.

Die Frauen von Mix & Genest haben gezeigt, daß, wenn es notwendig ist, die Forderung durch Streik durchgesetzt werden kann.

Kolleginnen, beratet Euch in Abteilungsversammlungen welche Maßnahmen Ihr durchführt zur Durchsetzung dieser Forderungen.

Das geschlossene Auftreten aller Kolleginnen sichert Euch den Sieg !

Kolleginnen, wehrt Euch gegen die unterschiedliche Bezahlung in den einzelnen Abteilungen. - Es kann nicht sein, daß der Meister, je nach Gunst, einigen Kolleginnen Zulage gibt, um so die Kolleginnen untereinander auszuspielen. Für gleiche Arbeit muß auch der gleiche Lohn gezahlt werden !
Von jeher versuchte der Unternehmer die Arbeiter untereinander auszuspielen und Uneinigkeit zu säen, um

X-DD261.4.Z9 LC
#108
21

Berlin-Neukölln, den 29.11.56
Allerstr. 35

Library of Congress
Gift and Exchange Division
Washington 25, D.C.

2 - APR - 3
Copy 1957

An die
Fraktion der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

Berlin - Schöneberg
Rathaus

Werte Genossen!

Heute haben wir dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn Willy Brandt, beiliegenden Antrag übergeben. Dieser Antrag sieht vor, jede Art der Rekrutierung von Jugendlichen Westberlins (auch die Werbung von Freiwilligen) für die westdeutsche Armee und die geplante Anwendung des Wehrstrafgesetzes in Westberlin zu verhindern.

In vielen westdeutschen Städten, so in München, Augsburg, Ulm, und in 58 Gemeinden Hessens, usw. haben die zuständigen Parlamente es abgelehnt, den Rekrutierungsplänen der Adenauer-CDU Folge zu leisten.

Auch Eure Parteiführung hat sich gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ausgesprochen.

Auf Grund Eurer parlamentarischen Mehrheit im Abgeordnetenhaus habt Ihr die Möglichkeit, alle Pläne der Bonner Militaristen zu verhindern. Stellt Euch mit uns schützend vor unsere Jugend.

Wir ersuchen Euch, unseren Antrag im Abgeordnetenhaus zu unterstützen oder einen gleichartigen Antrag einzubringen.

Mit sozialistischem Gruß!

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Bezirksleitung Groß-Berlin
Kommission der Wählervertreter
gez. Bruno Baum

b. wenden!

From: Publications Procurement Office, Berlin
Library of Congress
Gift and Exchange Division
Washington 25, D.C.
LC #109
2 - APR - 3
Copy

Mitglieder der Industriegewerkschaft Metall!

Beweist Eure Verbundenheit mit Eurer Gewerkschaft und erscheint alle zur Wahl der Delegierten zur Vertreterversammlung der IG-Metall und der Stadtteilgruppenleitung

am Montag, dem 3. Dezember 1956
um 17.30 Uhr,
im Rathaussaal Steglitz, Schloßstraße 36-37.

Diese Meinung haben die Funktionäre Eurer Ortsteilleitung der IG-Metall am 8. November 1956 auf der Funktionärversammlung bei Wally Schmitt vertreten.

Angesichts der Tatsache, daß unsere Kollegen in Schleswig-Holstein einen heroischen Kampf gegen Unternehmerwillkür und Vergewaltigung der demokratischen Rechte der Arbeiter, für das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaft in den Betrieben und im Staat führen, kommt der Gewerkschaftswahl im gegenwärtigen Moment eine besondere Bedeutung zu.

Der Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein gilt der Durchsetzung der Forderungen der 6 Millionen gewerkschaftlich organisierter Kollegen, wie sie auf dem IV. DGB-Kongreß vom 1. bis 6. Oktober 1956 in Hamburg beschlossen wurden.

X-DD261
.4
.Z9

xDD261.4.29

5 - JUL 3 0
Copy-----1956

#110



Marschall der Sowjetunion A. Wassilewskij:

Gefährliches Spiel mit dem Feuer

Warnung an Feldmarschall Montgomery

From: Publications Procurement
Office, Berlin
X-DDR
.4 LR
.Z9
2 - APR-3
Copy 1957
#111

Abdruck aus der „Tribüne" vom 14. September 1956, Organ des Bundesvorstandes des FDGB 56

Ein Schritt im Interesse der grafischen Arbeiter ganz Deutschlands

„Tribüne"-Interview mit dem Vorsitzenden des Zentralvorstandes der IG Druck und Papier, Kollegen Heinz Meier

Der Vorsitzende des Zentralvorstandes der IG Druck und Papier im FDGB, Kollege Heinz Meier, nahm am Mittwoch in einem Interview zu dem Beschluß des Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier im DGB vom Vortage Stellung, Kontakte zu Gewerkschaftskreisen in der DDR herzustellen und eine Kommission zum Studium bestimmter Probleme in der DDR einzusetzen.

Frage: *Wie bewerten Sie die Entschließung des 4. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der Kontaktaufnahme mit den Gewerkschaften in der DDR?*

Antwort: Dieser Entscheidung des 4. Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier messe ich eine große Bedeutung bei.

Ich sehe darin einen wichtigen Schritt zur Annäherung zwischen unseren beiden Industriegewerkschaften. Die Stellungnahme der Delegierten in dieser Frage wird von unseren grafischen Arbeitern in der Deutschen Demokratischen Republik lebhaft begrüßt. Seit Jahren ist es unser Wunsch, mit unserer Bruderorganisation in der Deutschen Bundesrepublik Kontakte herzustellen, wos wir in vielen Schreiben an die Vorstände und in Gesprächen mit leitenden Gewerkschaftsfunktionören der IG Druck und Papier im DGB zum Ausdruck gebracht haben.

Frage: *Nach den uns zugegangenen Informationen haben die Delegierten des 4. Gewerkschaftstages den Erweiterten Zentralvorstand beauftragt, eine Studienkommission einzusetzen, die die Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik in technischer, betriebsorganisatorischer und tariflicher Beziehung prüfen und darüber Bericht erstatten soll. Was ist Ihre Meinung zu diesem Auftrag des Gewerkschaftstages an den Erweiterten Zentralvorstand?*

Antwort: Ich begrüße die Entscheidung, daß die Kollegen der Bundesrepublik Gelegenheit nehmen wollen, sich in eigener Anschauung über die sie interessierenden Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik zu informieren. Unser Zentralvorstand erblickt darin einen geeigneten Schritt, um die noch bestehenden Mißverständnisse, die das Verhältnis zwischen beiden Gewerkschaften trüben, zu überwinden. Auf seiner 20. Tagung im Juni dieses Jahres beschäftigte er sich er-

From: Publications Procurement Office, Berlin

LC

58

Abdruck aus der „Tribüne" vom 14. September 1956, Organ des Bundesvorstandes des FDGB

Library of Congress
Gift and Exchange Division
Washington 25, D.C.

#112

2 - APR-3
Copy 1957

Ein Schritt im Interesse der grafischen Arbeiter ganz Deutschlands

„Tribüne"-Interview mit dem Vorsitzenden des Zentralvorstandes der IG Druck und Papier, Kollegen Heinz Meier

Der Vorsitzende des Zentralvorstandes der IG Druck und Papier im FDGB, Kollege Heinz Meier, nahm am Mittwoch in einem Interview zu dem Beschluß des Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier im DGB vom Vortage Stellung, Kontakte zu Gewerkschaftskreisen in der DDR herzustellen und eine Kommission zum Studium bestimmter Probleme in der DDR einzusetzen.

Frage: *Wie bewerten Sie die Entschließung des 4. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der Kontaktaufnahme mit den Gewerkschaften in der DDR?*

Antwort: Dieser Entscheidung des 4. Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier messe ich eine große Bedeutung bei.

Ich sehe darin einen wichtigen Schritt zur Annäherung zwischen unseren beiden Industriegewerkschaften. Die Stellungnahme der Delegierten in dieser Frage wird van unseren grafischen Arbeitern in der Deutschen Demokratischen Republik lebhaft begrüßt. Seit Jahren ist es unser Wunsch, mit unserer Bruderorganisation in der Deutschen Bundesrepublik Kontakte herzustellen, was wir in vielen Schreiben an die Vorstände und in Gesprächen mit leitenden Gewerkschaftsfunktionären der IG Druck und Papier im DGB zum Ausdruck gebracht haben.

Frage: *Nach den uns zugegangenen Informationen haben die Delegierten des 4. Gewerkschaftstages den Erweiterten Zentralvorstand beauftragt, eine Studienkommission einzusetzen, die die Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik in technischer, betriebsorganisatorischer und tariflicher Beziehung prüfen und darüber Bericht erstatten soll. Was ist Ihre Meinung zu diesem Auftrag des Gewerkschaftstages an den Erweiterten Zentralvorstand?*

Antwort: Ich begrüße die Entscheidung, daß die Kollegen der Bundesrepublik Gelegenheit nehmen wollen, sich in eigener Anschauung über die sie interessierenden Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik zu informieren. Unser Zentralvorstand erblickt darin einen geeigneten Schritt, um die nach bestehenden Mißverständnisse, die das Verhältnis zwischen beiden Gewerkschaften trüben, zu überwinden. Auf seiner 20. Tagung im Juni dieses Jahres beschäftigte er sich er-

X-DD261
.4
.Z9

.4
.Z9
3 MAY 3
COPY - 1956
#13



FRÜHJAHRSMESSE LEIPZIG 1956

MIT TECHNISCHER MESSE

Die Leipziger Frühjahrsmesse und die Wirtschaft Westdeutschlands

Von Dr. Gottfried Lessing, Präsident der Kammer für Außenhandel der DDR

Die Leipziger Frühjahrsmesse dieses Jahres, die — genau wie im vergangenen Jahr — als Technische und Mustermesse stattfindet, ist eine Offenlegung des Hauptbuches der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik im Zeitpunkt des Beginns ihres zweiten Fünfjahrplanes.

Der 1955 zu Ende gegangene erste Fünfjahrplan brachte eine Verdoppelung der Leistungen unserer Industrie gegenüber dem Stand von 1936. Er ermöglichte einen Anstieg des Außenhandelsumsatzes auf das Dreifache gegenüber 1950. Der neue Plan entwickelt die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft durch Ausweitung und modernste Technisierung ihrer industriellen Basis weiter.

Dia Deutsche Demokratische Republik wird damit zu einem noch interessanteren Partner des Welthandels als bereits heute, denn nicht nur ihre Exportkraft wird wachsen, sondern auch ihre Importfähigkeit. Unter den Bedingungen des neuen Planjahrfünfts wird der Lebensstand der Bevölkerung sich weiter erhöben, und dia hierbei zum Ausdruck kommende bohe Kaufkraft aller Schichten der Bewohner unserer

Wirtschaft dürfte interessieren, daß unser Handel mit Ueberseeländern, besonders seit Beginn des vergangenen Jahres, hierbei noch wesentlich stärker zunahm als der Handel mit europäischen Staaten.

Diese Tendenz wird sich fortsetzen. Wir haben 1955 in Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, Afrikas und Südamerikas eine Reihe von Warenabkommen geschlossen. Wir baben dort viele Gespräche hinsichtlich der Intensivierung unseres Handels innerhalb der nächsten Jahre geführt. Für die Entwicklung unserer Beziehungen zu diesen immer stärker in das Blickfeld des internationalen Wirtschaftsinteresses rückenden Ländern bestehen gute Perspektiven.

Diese Perspektiven dürften in Hamburg begrüßt werden. Wir entwickeln zwar eine eigene, unter der Flagge der Deutschen Demokratischen Republik fahrende Hochseeschiffahrt. Deren Aufgabe ist aber keineswegs, Verladungen auf Schiffen, die unter der Flagge der Bundesrepublik fahren, zu unterbinden. Das Zeigen der eigenen Flagge auf den Weltmeeren ist einfach ein unabdingbarer Bestandteil der Souveränität unseres Staates.

Wie eingangs erwähnt, ist die Leipziger Frühjahrsmesse eine Offenlegung des Hauptbuches unserer Wirtschaft Wer aus der Bundesrepublik nach Leipzig kommt, muß objektiv feststellen, daß bei uns hart und mit Erfolg gearbeitet wird. Er wird feststellen, daß unser Warenangebot weltmarktfähig ist, sowohl hinsichtlich des technischen Standes als auch hinsichtlich der Preise und Lieferbedingungen. Beschäftigt er sich ernster mit den Grundlagen unserer Produktion, so wird er fernerhin feststellen können, daß in unserer Wirtschaft keine Faktoren wirksam sind, die geeignet erscheinen, in der Zukunft die Konkurrenzfähigkeit unseres Angebots in Frage zu stellen. Unsere Wirtschaft bleibt krisenfest, auch in der Perspektive.

Wer nach Leipzig kommt, trägt hohen Gewinn davon: kommerziellen Gewinn, wenn er in Leipzig mit Betrieben oder Handelsorganen unserer Wirtschaft kontrahiert, denn unsere Handelsgrundsätze sind Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils. Der Gewinn wird aber auch darin liegen, daß er in späteren Dispositionen die Kontakte auszunutzen vermag, die er in Leipzig mit unserer Wirtschaft

schaftskraft der beiden deutschen Staaten. Die industrielle Entwicklung sowohl in der Bundesrepublik als auch in unserem Staate, läßt sich durch ständigen Fortschritt im Spezialmaschinenbau kennzeichnen. Hierdurch wachsen die Möglichkeiten der Koordinierung stetig, denn gerade unter den Bedingungen der Spezialisierung auf optimale Leistungsfähigkeit für ganz bestimmte Betriebsbedingungen nimmt die Vielfalt der technischen Möglichkeiten zu. Keine Industrie irgendeines Landes wird je in der Lage sein, in allen Fällen stets die bestgeeigneten Spezialkonstruktionen zu entwickeln.

Messebesucher der Bundesrepublik, und hierbei in erster Linie Hamburgs Exportkaufleute, die sowohl in der Bundesrepublik als auch im Ziellande ihres Handels Niederlassungen unterhalten, seien in diesem Zusammenhang auf einen handelspolitischen Grundsatz unseres Staates aufmerksam gemacht, dessen Ziel es ist, den Partner zu kräftigen: Wir treiben Handel mit fremden Ländern, nach Möglichkeit stets direkt. Wir kontrahieren, soweit irgend möglich, mit Kaufleuten oder Handelsorganen, die im Partnerland ansässig sind, deren Inhaber Staatsangehörige des Partnerlandes sind. In manchen Län-

des demokratischen Weltmarktes haben gerade unter den Bedingungen dar Existenz der Embargolisten neue Industrien aufgebaut, die zu den modernsten ihrer Sparten zählen. Sie waren dank dieser neuen Industrien in der Lage, ihre Wirtschaft störungsfrei zu entwickeln, und vermögen heute in einer ganzen Reihe von Kategorien der Warenlisten, die dem Embargo unterliegen, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige Anbieter zu sein. Wer nach Leipzig kommt, wird sich hiervon überzeugen. Das Weiterbestehen von Vorbehaltslisten, das Beibehalten des Ausschreibungs- und Lizenzierungsverfahrens (so zum Beispiel auch im innerdeutschen Handel) ist ein totgeborenes Kind des „kalten Krieges". Regierungen, dia nicht alles tun, diese Reste einer Politik des Irrtums grundsätzlich zu beseitigen, schädigen nur noch dia Wirtschaft ihres eigenen Landes.

Es ist erfreulich, daß Hamburgs Industrie- und Handelskammer zu den Kräften gehört, die sich gegen das Hamburgs Wirtschaft schädigende Embargo mit Nachdruck wenden. Dia Situation ist ja eindeutig: Jeder Tag weiteren Aufrechterhaltens des Embargos schädigt nur diejenigen, dia sich noch an

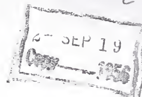
5 - JUL 30
Copy-----1956
LC
#114
X-DD261
.4
.Z9

Werte Kollegen!

Mit grossem Interesse verfolgten wir die Beratungen und Ergebnisse Eurer Fachabteilungs-Konferenz, sowie die Wahlen der Delegierten zur Bezirkskonferenz der Gewerkschaft ÖTV am 31.1.1955.
Die Delegierten, die Euer Vertrauen besitzen, haben zugleich die hohe Verantwortung, Eure Interessen auf der Bezirkskonferenz zu vertreten.
Jeder von Euch spürt durch das Ansteigen der Preise von Tag zu Tag mehr, daß die geplante Aufstellung einer neuen Wehrmacht auf Kosten der Arbeiter und Angestellten erfolgt.
Scharnowski, z.Zt. noch Vorsitzender des DGB, ignoriert den Beschluß des 3. DGB-Kongresses gegen die Remilitarisierung, indem er der eifrigste Verfechter zur Wiederaufstellung neuer Söldnerverbände auch in Westberlin ist. Schon in Frankfurt/Main stimmte er gegen den Beschluß, der die Remilitarisierung ablehnte. Wir sind der Meinung, daß ein solcher Gewerkschaftsvertreter weiterhin nicht mehr das Vertrauen der Mitglieder geniessen kann.
In diesem Zusammenhang muß man auch das am 1. Februar geplante freche Auftreten des Militaristen Graf von Baudissin betrachten, der in Westberlin für das Bonner Kriegsministerium neue Soldaten werben will. Wir empfehlen Euch, in Euren Betrieben Protestresolutionen gegen das Auftreten des Kriegsverbrechers Baudissin zu beschließen. Beauftragt Eure Delegierten zur Bezirkskonferenz am 31.1.1955, daß sie sich mit ihrer ganzen Kraft dafür einsetzen, daß diese Provokation in Westberlin nicht zur Durchführung gelangt.
Der Militarist Baudissin darf in Berlin nicht sprechen.
Folgt dem Beispiel Eures Kollegen Kummernuss, der sich als 1. Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV für die Durchführung des Beschlußes gegen die Remilitarisierung durch ausserparlamentarische Aktionen voll einsetzt. Auf der Landesbezirkskonferenz Eurer Gewerkschaft in Baden-Württemberg kündigte der Koll. Kummernuß harte Lohn-und Tarifkämpfe für das Jahr 1955 an und wandte sich scharf gegen die Verschleppungstaktik der Bonner Regierung bei Lohnkämpfen, während sie gleichzeitig Milliardenbeträge für die Aufrüstung bewilligt.
Zur Remilitarisierung führte Koll. Kummernuß aus, daß Taten folgen müssen, um den gefaßten Beschluß gegen die Remilitarisierung zu verwirklichen, da man mit ihm, solange er nur auf dem Papier steht, nicht die Sterne vom Himmel holen kann. Er wird seinem Sohn empfehlen, bei Erhalt des Stellungsbefehles, denselben in den Papierkorb zu werfen.

From: Publications Procurement
Office, Berlin

LC



#115

Berlin-Zehlendorf, dem 14.6.1956

X-DD
.4
.Z9

L i e b e E l t e r n !

In Kürze beginnen für unsere Kinder die grossen Ferien, in denen sie sich für den weiteren Unterricht erholen sollen. Die beste Erholung finden sie durch Reisen in die schönsten Gegenden unserer Heimat.

Gibt es für unsere Kinder diese Möglichkeit?

Hierzu wird am 21.Juni 1956 um 19,30 Uhr im Lokal "Schultheiß", Zehlendorf, Machnowerstr.1 eine

E l t e r n v e r s a m m l u n g

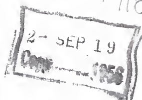
durchgeführt.

Alle Eltern sind herzlich eingeladen!

Ferienkommission - Zehlendorf

From: Publications Procurement
Office, Berlin

LC #116



Hintergründe der Krawalle am Wedding entlarvt!

Senat und Polizei zum Rückzug gezwungen!

Die Afrikanische Straße und ihre Umgebung war auch am letzten Donnerstag wieder durch riesige Polizeiaufgebote praktisch unter Ausnahmezustand gestellt.

Die Bevölkerung aber ließ sich diesmal nicht provozieren.

In den vergangenen Tagen hatte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands vor der Bevölkerung des Wedding und besonders vor der Jugend die Hintergründe der Krawalle in der Afrikanischen Straße entlarvt.

X DD 261
.4
.Z9

Die SED wies nach:

Die Zwischenfälle in der Afrikanischen Straße waren eine wohlorganisierte Provokation!

Vorbereitet wurden sie durch einen wochenlangen, großangelegten Pressefeldzug über die sogenannten Halbstarken.

Mit sensationell aufgemachten Artikeln, Überschriften, Hinweisen und „Warnungen" forderte man die Neugier, verständliche Abenteuerlust — aber auch den Widerspruch der Jugendlichen heraus.

Durch diese wohlüberlegte und raffinierte Propaganda wurde an den berüchtigten Donnerstagen stets eine Ansammlung von Tausenden von Schaulustigen erreicht.

Die von der Frontstadtpresse provozierten Menschenansammlungen boten dann der Polizei die willkommene Gelegenheit, auf die Jugend einzuschlagen.

Am nächsten Tage aber begannen die Zeitungen erneut über die „Verkommenheit" der Jugendlichen zu schreien!

Welche Pläne steckten dahinter?

Durch die von Presse und Polizei in geschickter Arbeitsteilung organisierten Krawalle sollte ein Keil zwischen die Jugend und die ältere Generation getrieben werden.

● Das wahre Ziel
des gemeinschaftlich von der Adenauer-Partei, dem Senat, der Presse und der Polizei angestimmten Geschreis über die Disziplinlosigkeit der Jugend war die Durchsetzung des Gedankens, daß nur beim Kommiß der Jugend „Zucht und Ordnung" beigebracht werden kann.

From: Publications Procurement Office, Berlin

SEP 19 1956

.Z9

#117

Frieden und Verständigung sind die Lebensgrundlagen des Mittelstandes

Der Bundestag und der Bundesrat haben das Gesetz zur Einführung der Wehrpflicht angenommen. Am 21. Juli 1956 unterzeichnete Bundespräsident **Heuß** das Wehrpflichtgesetz. Er tat dies, obwohl er 1949 erklärte: **„Selbst wenn die Alliierten die Schaffung einer deutschen Wehrmacht vorschlügen, würde ich mich dagegen wehren."**

Das Wehrpflichtgesetz wurde zu einem Zeitpunkt durchgepeitscht, an dem eine große Anzahl Staaten in der Welt entscheidende Maßnahmen für eine Entspannung der internationalen Lage und für Abrüstung durchführen. So hat die UdSSR im Jahre 1955 640 000 Soldaten entlassen und will bis Ende Mai 1957 weitere 1,2 Millionen demobilisieren. Weiterhin reduzierten ihre Truppen: Polen um 47 000, die Tschechoslowakei um 44 000, Rumänien um 40 000, Bulgarien um 18 000, Ungarn um 35 000, Nordkorea um 80 000 und Albanien um 9000 Soldaten. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schlug der Bundesrepublik vor, auf die Einführung der Wehrpflicht zu verzichten und beschloß, die Gesamtstärke der Nationalen Volksarmee von 120 000 Mann auf 90 000 Mann festzulegen.

Der USA-Außenminister Dulles sagte auf einer kürzlich stattgefundenen Pressekonferenz, daß es keine Gründe gibt, die die Westmächte veranlassen könnten, weiterhin **Millionen-Heere** zu unterhalten. Der USA-Generalchef Radford empfahl, die Gesamtstärke der amerikanischen Streitkräfte um 800 000 Soldaten zu verringern.

Die Nachrichtenagentur Reuter aus London weiß aus britischen Regierungs- und Militärkreisen zu berichten, daß eine Kürzung der Rüstungsausgaben bis zu 500 Millionen Pfund Sterling erwogen wird. Im englischen Unterhaus treten immer mehr Abgeordnete für die Abschaffung der Militärdienstpflicht ein. Bei seinem Besuch in Westdeutschland erklärte der indische Ministerpräsident Nehru, daß keines der internationalen Probleme, auch das Deutschlandproblem, durch einen Krieg zu lösen sei. Wenn man aber den heißen Krieg ablehne, müsse man auch gegen den kalten Krieg sein. Nehru stellte weiterhin die Frage, welchen Sinn hat unter diesen Umständen die Aufrüstung?

Diese Tatsachen, die noch beliebig erweitert werden können, beweisen, daß Adenauer und seine Anhänger mit der Politik der Aufrüstung in der Welt allein stehen.

Die Aufrüstung der Bundesrepublik kostet laut „Tagesspiegel" vom 7. Juli 1956 11,4 Milliarden DM. Militärexperten schätzen den Betrag der Aufrüstung der Bundesrepublik auf 16 Milliarden DM. Dazu kommen 5,6 Milliarden DM Besatzungskosten. Diesen Betrag von insgesamt 17 bis 21,6 Milliarden DM müssen die schaffenden Menschen in Westdeutschland und Westberlin aufbringen.

Das ist der Weg der ständigen Preis- und Steuererhöhungen.

Ein anderer Weg wird von der Deutschen Demokratischen Republik beschritten.

Es ist der Weg des friedlichen Aufbaues, der Hebung des Wohlstandes und der Freundschaft mit allen Völkern.

Diese Politik brachte den werktätigen Menschen in der DDR einen weiteren wirtschaftlichen Aufschwung. Bei den kürzlich abgeschlossenen Verhandlungen zwischen der Regierung der DDR und der UdSSR wurden die Kosten für den Aufenthalt der sowjetischen Truppen auf deutschem Boden von 1,6 Milliarden DM auf 800 Millionen DM gesenkt.

Durch die Einsparung von 800 Millionen DM wird die Deutsche Demokratische Republik, wie die britische Zeitung „Times" schreibt, zu wesentlichen wirtschaftlichen Aktivposten kommen.

Aber nicht nur diese 800 Millionen DM werden der DDR in ihrer weiteren technischen und wirtschaftlichen Entwicklung helfen. Die abgeschlossenen Verhandlungen sehen eine bedeutende Erhöhung der gegenseitigen Warenlieferungen für 1956 vor und Ergreifung von Maßnahmen, um eine möglichst vollständige und rationelle Auslastung der Produktionskapazität der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik zu gewährleisten. Mit der Hilfe der UdSSR wird auf dem Gebiet der DDR eines der größten Atomkraftwerke der Welt mit einer Leistung von 100 000 kW gebaut werden. Diese Vereinbarungen werden sich zum Wohle des werktätigen Volkes in ganz Deutschland auswirken.

Angehörige des Mittelstandes!

Auch in Westdeutschland und Westberlin kann und wird der Mittelstand den Weg in eine gesicherte Zukunft gehen. Es ist aber erforderlich, daß die Hindernisse beseitigt werden, die der Einheit unseres Vaterlandes entgegenstehen.

Handwerker, Einzelhändler, Angestellter, Geistes- und Kulturschaffender!

Reihen auch Sie sich ein in die Bewegung des deutschen Volkes gegen die allgemeine Wehrpflicht.

Fordern Sie von der Bonner Regierung und vom Bundestag Maßnahmen in der Abrüstungsfrage und die Verständigung mit der Deutschen Demokratischen Republik.

Bezirksverband Groß-Berlin
der National-Demokratischen Partei
[illegible]

Berlin, den 1. August 1956



X-DD261
.4
.Z9

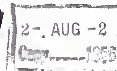
Du weist es noch nicht genau? Wir wollen Dir's leicht machen. Nimm an unseren Ferienspielen teil! Jeden Tag ist etwas anderes los. Sicher wird Dich vieles interessieren.

30. Juli 1956 9 Uhr Bhf. Treptow	Wir beginnen mit einer Wanderung durch den Tegeler Forst
31. Juli 1956 10 Uhr Bhf. Treptow	Hast Du das Zentralhaus der Jungen Pioniere schon besichtigt? Noch nicht? Dann komm doch mit!
1. August 1956 14 Uhr Jahnpark Große Wiese	Zu lustigem Gesang, Spiel und Tanz kommst Du sicher gern in den Jahnpark und bringst Deine Freunde mit.
2. August 1956 9 Uhr Karl-Marx-Platz Bhf. Treptow	Heute geht es in die Müggelberge. Alle Radfahrer sind natürlich am Karl-Marx-Platz, die Fußgänger am Bahnhof Treptow.
6. August 1956 9 Uhr Bhf. Treptow	Auf in den Grunewald zu einer schönen Wanderung!
7. August 1956	Wir gehen in's Kino. Welchen Film wir sehen und wann wir uns treffen, erfahrt Ihr vorher.
8. August 1956 12 Uhr Buschkrug	Es geht raus nach Brietz, um dort in einem Park zu singen und zu spielen.
10. August 1956 9 Uhr Bhf. Treptow	Alle Sportler sind sicherlich dabei auf der Wanderung zum Seddinsee, wo wir ein Sportfest durchführen.

From: Publications Procurement Office, Berlin

...stberlin, ... ector. Throw-bill.

STICHWORT: *Spionagetunnel!*



Gratis

LC
X-DD261
.4
.Z9

Die SED stellt im Interesse der Bevölkerung 20 Fragen an Dr. Suhr!

Westberlin erwartet Antwort!

Die Kommission der Wählervertreter der SED in Westberlin übermittelte am 26. April 1956 gegen 14 Uhr dem Regierenden Bürgermeister, Herrn Dr. Suhr, das nachstehend in vollem Wortlaut abgedruckte Schreiben.

Die Kommission der Wählervertreter der SED ist der Auffassung, daß die darin gestellten Fragen und ihre sofortige, eindeutige Beantwortung der Sorge um das Wohl der Bevölkerung und damit den Wünschen jedes einzelnen Westberliner Bürgers entsprechen.

Sie hält es daher auch für notwendig, die aufgeworfenen Fragen schnellstens der Westberliner Öffentlichkeit zu unterbreiten.



Sozialistische Einheitspartei
Deutschlands
Kommission der Wählervertreter

Berlin-Neukölln, den 26.4.56
Allerstraße 35

An den
Regierenden Bürgermeister
Herrn Dr. S u h r

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Presse und Rundfunk haben die Öffentlichkeit über skandalöse Vorkommnisse informiert, die aus einer Quelle im amerikanischen Sektor Westberlins entspringen. Es handelt sich um einen Spionagetunnel von Neukölln-Rudow nach Altglienicke, Ostberlin.

Die Kommission der Wählervertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Westberlin ersucht Sie, Herr Bürgermeister Dr. Suhr, folgende Fragen dem Senat vorzulegen und uns zu beantworten:

1. Wann hat der Senat Kenntnis von der Existenz eines Spionagetunnels in Berlin-Rudow (Neukölln) erhalten?
2. Gibt es ein Übereinkommen zwischen Senat und Besatzungsstellen, das derartige Bauten ermöglicht?

WF

From: Publications Procurement Office, Berlin

A D 201
.4
.Z9

Hennigsdorf, den 30.11.56



Sehr geehrte Damen u. Herren!

Heute wenden sich parteilose Menschen aus den LEW "Hans Beimler" Hennigsdorf an Sie, um Ihnen einen Appell zu übersenden, den wir aufgrund der ernsten Lage an die öffentliche Meinung gerichtet haben.
Zahlreiche Zustimmungen sind bereits aus allen Kreisen der Bevölkerung aus Ost und West bei uns eingegangen. Wir bitten Sie ebenfalls recht herzlich, uns Ihre Ansicht oder Vorschläge mitzuteilen.

Vielleicht sind Sie auch in der Lage, eine Aussprache über diesen Appell im Kreise Ihrer Freunde oder Mitarbeiter herbeizuführen. Wir sehen Ihrer Antwort mit Erwartung entgegen und hoffen, daß auch Sie sich diesem so wichtigen Anliegen nicht verschliessen werden.

Hochachtungsvoll!

W. Jurk
Werner Jurk
Techniker

Werner Müller
Werner Müller
Konstrukteur

1 Anlage

2 - APR - 3
Copy 1957

LC

From: Publications Procurement Office, Berlin

Hennigsdorf, den 30.11.56

53

Sehr geehrte Damen u. Herren!

Heute wenden sich parteilose Menschen aus den LEW "Hans Beimler" Hennigsdorf an Sie, um Ihnen einen Appell zu übersenden, den wir aufgrund der ernsten Lage an die öffentliche Meinung gerichtet haben.
Zahlreiche Zustimmungen sind bereits aus allen Kreisen der Bevölkerung aus Ost und West bei uns eingegangen. Wir bitten Sie ebenfalls recht herzlich, uns Ihre Ansicht oder Vorschläge mitzuteilen.

Vielleicht sind Sie auch in der Lage, eine Aussprache über diesen Appell im Kreise Ihrer Freunde oder Mitarbeiter herbeizuführen. Wir sehen Ihrer Antwort mit Erwartung entgegen und hoffen, daß auch Sie sich diesem so wichtigen Anliegen nicht verschliessen werden.

Hochachtungsvoll!

W. Jurk
Werner Jurk
Techniker

Werner Müller
Werner Müller
Konstrukteur

1 Anlage

From: Publications Procurement
Office, Berlin

2 - APR - 3
Copy 1957

LC
#122

An alle Weddinger Bürger!!

Nachstehenden Brief sandte die Kommission der Wählervertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den Bezirksbürgermeister Mattis. Da dieser die Annahme des Briefes der Kommission der Wählervertreter, die 7.200 Wähler im Wedding vertritt, verweigerte, sind wir gezwungen auf diesem Wege die Öffentlichkeit von dem Inhalt des Briefes zu unterrichten.

X-DD261
.4
.Z9

Herrn
Bezirksbürgermeister M a t t i s
Bezirksamt Wedding

Berlin N 65
Müllerstr. 146/147

Berlin, d. 4. Dezember 56

In dem Augenblick, wo der Präsident des Abgeordnetenhauses, Brandt, in aller Öffentlichkeit erklärt, in Westberlin könne jeder, im Gegensatz zu Ostberlin, seine Meinung frei vertreten, wird seitens der staatlichen Verwaltungsorgane einer großen Anzahl von Mitgliedern unserer Partei sowie parteilosen Weddinger Bürgern die Auszahlung der ihnen zustehenden Winter- und Weihnachtsbeihilfe verweigert.

Man wirft ihnen vor, totalitäre Ideologien zu verbreiten und für die Beseitigung der Rechtsstaatlichkeit einzutreten. Dabei handelt es sich in allen bekannten Fällen nicht um Stahlhelmer, ehemalige Nazigrössen oder Kriegsverbrecher, die in Westberlin breit und öffentlich die Ideen des "tausendjährigen Reiches" verbreiten, sondern um Menschen, die für die Erhaltung des Friedens, für den Sozialismus, für die deutsch-sowjetische Freundschaft eintreten. Ihr einziges "Vergehen" besteht darin, Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft zu sein und daß sie ihre Auffassungen offen vertreten.

D e n e h e m a l i g e n N a z i g r ö s s e n u n d K r i e g s v e r b r e c h e r n, d e n 1 3 1 e r n h o h e P e n s i o n e n u n d R e n t e n, d e n M i t g l i e d e r n d e r SED, d e n S o z i a l i s t e n k e i n e W i n t e r- u n d W e i h n a c h t s b e i h i l f e.

Das scheint uns eine eigenartige Auffassung von Demokratie und Freiheit zu sein und steht im völligen Widerspruch zu den Feststellungen des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Brandt.

Mit dem durch nichts zu rechtfertigenden Entzug der Winter- und Weihnachtsbeihilfe wird in gröblicher Weise das Grundgesetz und die westberliner Verfassung verletzt. In Art. 3 GG zum Beispiel heisst es:

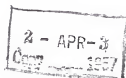
1. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
2. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

bitte wenden !

A-DD261
.4
.Z9 #123

Hennigsdorf, den 2.11.1956

Sehr geehrte Herren!



Heute wenden sich parteilose Menschen aus den LEW "Hans Beimler" Hennigsdorf an Sie, um Ihnen einen Appell zu übersenden, den wir aufgrund der ernsten Lage an die öffentliche Meinung gerichtet haben.

Zahlreiche Zustimmungen sind bereits aus allen Kreisen der Bevölkerung aus Ost und West bei uns eingegangen. Wir bitten Sie ebenfalls recht herzlich, uns Ihre Ansicht oder Vorschläge mitzuteilen.

Vielleicht sind Sie auch in der Lage, eine Aussprache über diesen Appell im Kreise Ihrer Freunde oder Mitarbeiter herbeizuführen. Wir sehen Ihrer Antwort mit Erwartung entgegen und hoffen, daß auch Sie sich diesem so wichtigen Anliegen nicht verschließen werden.

Hochachtungsvoll!

1 Anlage

Gregor Vogel
Konstrukteur

Werner Müller
Konstrukteur

#124

X-DD261
.4
.Z9
#125

X-DD261
.4
.79 #126

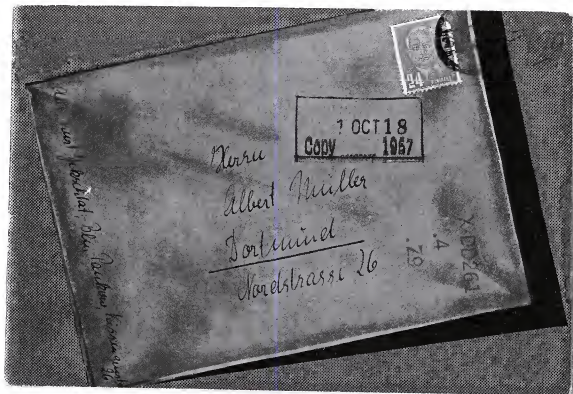
2 - FEB 1 1
Copy 1957

Was ist der Weltfriedensrat?

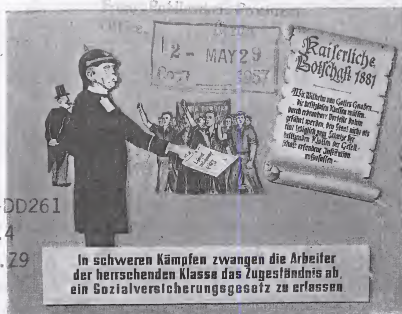

DD261.4
.Z9
#127
ETWAS ÜBER DEMOKRATIE



DD261.4
.Z9
#128


OCT 18
Copy 1957
Herrn
Albert Müller
Dortmund
Nordstrasse 26

LC
#130



In schweren Kämpfen zwangen die Arbeiter der herrschenden Klasse das Zugeständnis ab, ein Sozialversicherungsgesetz zu erlassen.

2 - MAY 29 1957

X-DD261
.4
.Z9

X-DD261
.4
.Z9

76